

# Zukunft der Stadtteile - Zukunft der Stadtteilbüchereien



WEEBER+PARTNER  
Institut für Stadtplanung und Sozialforschung  
Mühlrain 9 70180 Stuttgart

Gabriele Steffen

April 2001

# Inhaltsverzeichnis

<b>1.</b>	<b>Bevölkerungsentwicklung: Womit ist zu rechnen?</b>	<b>3</b>
1.1.	Natürliche Bevölkerungsentwicklung: Sinkende und alternde Bevölkerung	3
1.2.	Zuwanderungen und Zugewanderte	6
1.3.	Andere Sozialdaten	10
1.4.	Fragen	11
<b>2.</b>	<b>Räumliche Entwicklung der Städte und Stadtteile</b>	<b>12</b>
2.1.	Verstädterung – Stadterweiterung – Suburbanisierung	12
2.2.	Städtebauliche Leitbilder	15
2.3.	Zentren – Stadtteile – Peripherie	18
2.4.	Neue Ordnungsmuster?	21
2.5.	Zusammenfassung: Entwicklungstendenzen und Fragen	22
<b>3.</b>	<b>Stadt(teil)leben - Mischung und Entmischung</b>	<b>24</b>
3.1.	Wohnen, Arbeiten, Versorgung, Freizeit	24
3.2.	Kultureinrichtungen und Stadtteilzentren	31
3.3.	Räumlich gebundene und ungebundene Milieus: Gegensatz oder Ergänzung?	38
3.4.	Soziale Mischung und Entmischung, 'Aufstieg' und 'Abstieg'- Wie verändern sich Stadtteile?	40
<b>4.</b>	<b>Neuentdeckung der Stadtteile</b>	<b>43</b>
<b>5.</b>	<b>Neun Thesen zur Zukunft der Stadtteilbüchereien</b>	<b>45</b>

Cartoon vom Titelblatt: Til Mette/Stern, aus: IRS aktuell Nr. 18 (Januar 1998), S. 9

# 1. Bevölkerungsentwicklung: Womit ist zu rechnen?

Wie verändert sich eine Stadt, wie entwickeln sich die Stadtteile? Welche Menschen werden künftig dort leben? Das sind ganz entscheidende Fragen für alle, die in den Stadtteilen arbeiten und bei ihrer Arbeit nicht nur Vergangenheit und Gegenwart, sondern auch die Zukunft im Auge behalten wollen.

Nun sind Prognosen immer eine unsichere Sache. Sie orientieren sich an dem, was man in der Gegenwart mit gegenwärtigen Vorstellungen zu denken in der Lage ist. Bisher erkennbare Trends können plötzlich von neuen Entwicklungen über den Haufen geworfen werden. Fast anekdotisch wirkt schon eine statistische Berechnung aus dem Paris des späten 19. Jahrhunderts: Die Stadt werde, wenn der Verkehr weiterhin so zunehme, in wenigen Jahren im Pferdemist erstickten – dann kam die Erfindung und massenhafte Verbreitung des Automobils (mit ihm jedoch ein neuer drohender Verkehrsinfarkt). Oder ernster, zur Bevölkerungsentwicklung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts: Wie vergeblich wirken hier demographische Prognosen angesichts von Weltkriegen, Terrorregimes und organisiertem Massenmord. Seuchen waren früher der Schrecken der Städte, Stadtbrände haben ganze Stadtteile ausgelöscht, heute erscheint beides wie eine Erinnerung an finstere Zeiten. Dennoch machen die "BSE-Krise" und viele Naturkatastrophen deutlich, dass die Berechenbarkeit und Beherrschbarkeit der Welt ihre Grenzen erreicht hat und man immer noch mit allem rechnen muss.

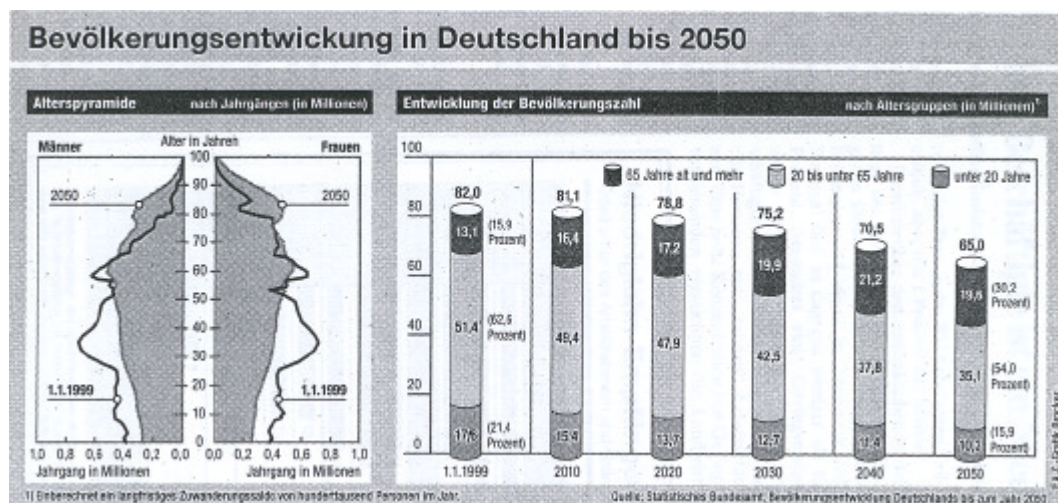
Unter diesen Vorbehalten stehen die folgenden Anmerkungen zur Entwicklung in den Städten und Stadtteilen.

## 1.1. Natürliche Bevölkerungsentwicklung: Sinkende und alternde Bevölkerung

Überalterung, Schrumpfung der Bevölkerungszahl – an solche Begriffe hat man sich fast schon gewöhnt. Abgesehen von der Renten-debatte spielt die öffentliche Auseinandersetzung mit der Bevölkerungsentwicklung eine erstaunlich geringe Rolle – wird sie doch die bisherigen Vorstellungen davon, wie eine Gesellschaft aufgebaut ist (die "Bevölkerungspyramide"), buchstäblich auf den Kopf stellen.

Die folgende Grafik<sup>1</sup> zeigt die Prognose der Bevölkerungsentwicklung in Zehnjahresschritten. Danach wird die Bevölkerung in Deutschland von 82 Millionen im Jahr 1999 auf 65 Millionen im Jahr 2050 zurückgehen – ein Rückgang um fast 20 Prozent. Dabei ist hier bereits eine moderate Zuwanderung eingerechnet.

Im Zusammenhang damit verschieben sich auch die Anteile der einzelnen Altersgruppen. Der Anteil der über 65-Jährigen wird sich nach dieser Berechnung im genannten Zeitraum nahezu verdoppeln, der Anteil der jungen Menschen unter 20 um fast ein Viertel auf knapp 16 Prozent reduzieren.



Derzeit befinden sich die geburtenstarken Jahrgänge noch in der Familienphase, das hat entsprechende Geburtenzahlen zur Folge. Andererseits sind die Todesfälle gering, weil in der Zeit des Ersten Weltkriegs die Geburtenzahlen niedrig waren und diese Generation durch den Zweiten Weltkrieg weiter dezimiert wurde. Die natürliche Bevölkerungsentwicklung (durch Geburten und Tod) hat also einerseits strukturelle Ursachen.

Andererseits spielen Verhaltensänderungen eine Rolle. Kinder zu bekommen ist nicht mehr selbstverständlich, Kinderreichtum wird eher zum finanziellen Problem oder gar sozialen Stigma statt zum erstrebenswerten Ziel. Die Geburtenzahlen sinken, weil die Menschen später Kinder bekommen, mehr Menschen kinderlos bleiben und größere, kinderreiche Familien zur Ausnahme werden. Man heiratet später und lässt sich öfter scheiden. Dies machen wiederum einige Zahlen deutlich: Allein zwischen 1964, dem Jahr des "Babyboom", und 1978 sank die Zahl der Lebendgeborenen im alten Bundesgebiet von 1,1 Millionen auf 576 000. Gingen 1961 von 1000 ledigen Männern 221

<sup>1</sup> aus Frankfurter Allgemeine Zeitung

im Alter von 26 Jahren die Ehe ein, so waren es 1992 nur noch 69, bei den 24-jährigen Frauen sanken die Heiratsziffern im selben Zeitraum von 254 auf 89. 1965 wurden in den alten Bundesländern 59 000 Ehen geschieden, 1994 waren es 143 000<sup>2</sup>. Wenn die Bevölkerungszahl auf gleichbleibendem Niveau bleiben soll, muss in Industriegesellschaften mit einer guten medizinischen Versorgung jede Frau statistisch gesehen 2,1 Kinder bekommen; tatsächlich sind es derzeit in Deutschland rund 1,4.<sup>3</sup>

Neugeborene haben heute eine durchschnittliche Lebenserwartung von 74,4 Jahren (männlich) bzw. 80,5 Jahren (weiblich). Damit ist die Lebenserwartung in den letzten 100 Jahren um über 30 Jahre gestiegen, selbst seit 1970 hat sie sich noch um etwa 7 Jahre erhöht<sup>4</sup>. Ein "biblisches" Alter ist keine Ausnahme mehr: Der Anteil der über 80-Jährigen ist besonders stark gestiegen. Im Jahr 1950 lag er noch unter einem Prozent, im Jahr 1995 bei fast 4 Prozent. Den höchsten Altenanteil haben die Kernstädte aufzuweisen. 4,5 Prozent der dort Lebenden sind 80 Jahre und älter, in ländlich geprägten Regionen nur 3,8 Prozent<sup>5</sup>.

Dies verweist darauf, dass auch die natürliche Bevölkerungsentwicklung nicht überall gleichmäßig verläuft. Wie die folgende Grafik zeigt, haben die Regionen der neuen Länder durchweg hohe Sterbeüberschüsse. Die Geburtenüberschüsse beschränken sich auf einzelne Regionen im Nordweste# und Süden; sie liegen häufig im suburbanen Raum. Die alten Menschen konzentrieren sich einerseits auf die Kernstädte der verdichteten Regionen und deren Umland und andererseits auf attraktive Zielgebiete von "Altenwanderungen".

## Natürlicher Saldo der Bevölkerung<sup>6</sup>

---

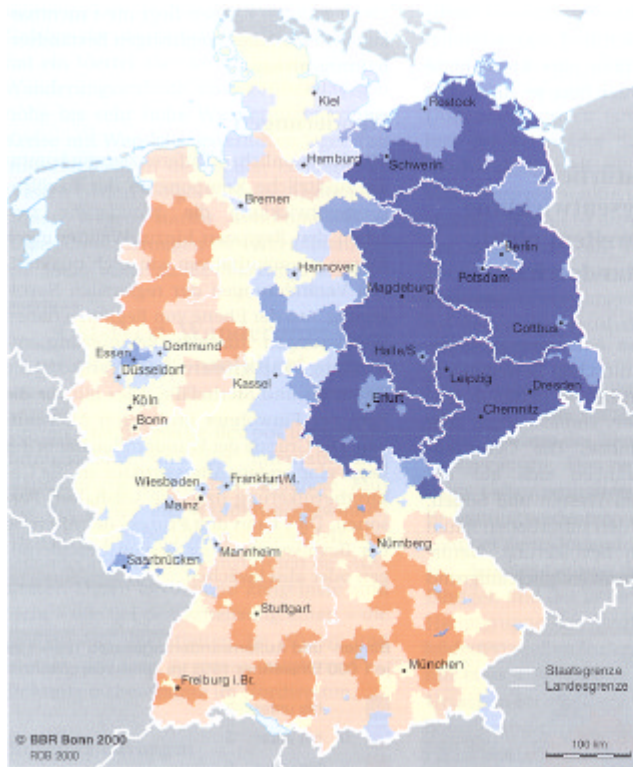
<sup>2</sup> Hermann Berner (1997): Die Familie und ihre Wohnverhältnisse im Wandel. In: Wohnungsmonitor Baden-Württemberg 2/1997, S. 28-39. Hier: S. 29ff

<sup>3</sup> Statistisches Bundesamt (2000): Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis zum Jahr 2050. Ergebnisse der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden

<sup>4</sup> a.a.O.

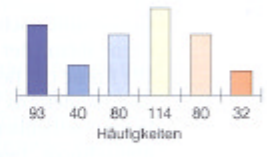
<sup>5</sup> Hermann Berner (2000): Wohnen im Alter. In: Wohnungsmonitor Baden-Württemberg 3/2000, S. 22-37. Hier: S. 24

<sup>6</sup> Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2000): Raumordnungsbericht 2000. Berichte Band 7. Bonn, S. 13.



**Natürlicher Saldo 1991-1997  
je 1000 der mittleren Bevölkerung 1994  
im Jahresdurchschnitt**

- bis unter -5
- 5 bis unter -3
- 3 bis unter -1
- 1 bis unter 1
- 1 bis unter 3
- 3 und mehr

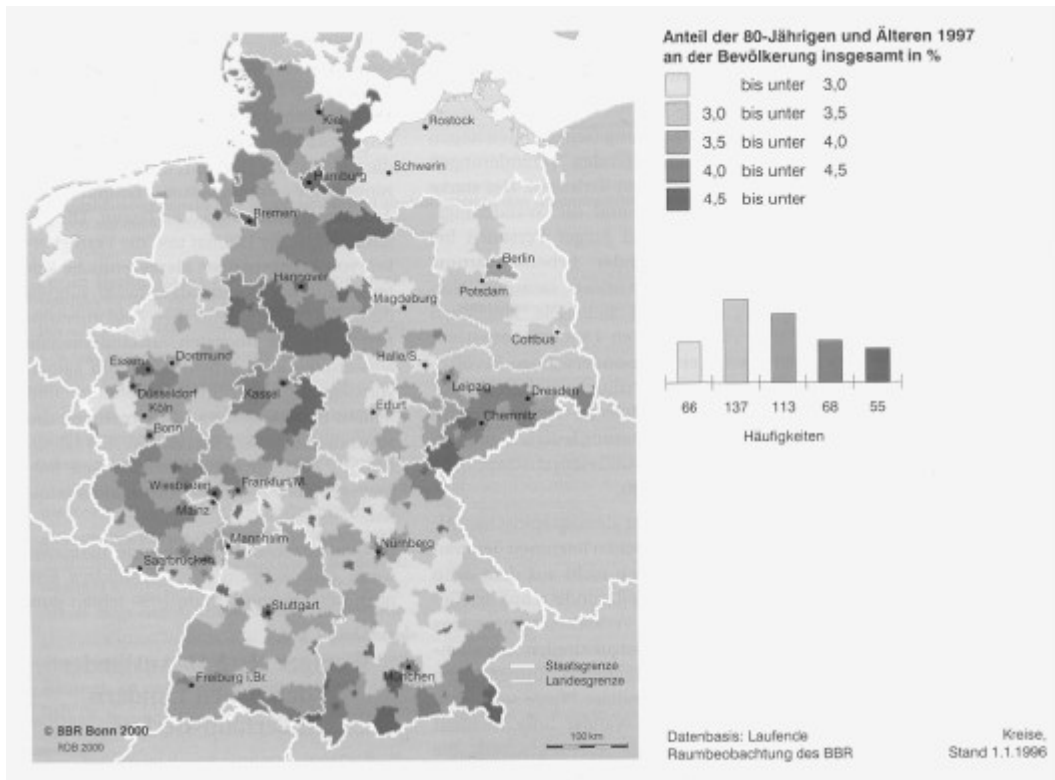


Anmerkung: Der natürliche Saldo ist die Differenz von Geburten und Sterbefällen.

Datenbasis: Laufende  
Raumbeobachtung des BBR

Kreise  
Stand 1.1.1996

## Hochbetagte<sup>7</sup>



## 1.2. Zuwanderungen und Zugewanderte

Die Bevölkerung Deutschlands ist im vergangenen Jahrzehnt um rund zweieinhalb Millionen Einwohner gewachsen. Trotz der derzeit noch relativ hohen Geburts- und niedrigen Sterbeziffern geht diese Zunahme aber nicht auf einen Geburtenüberschuss zurück: Den 7,1 Millionen Geburten standen 7,9 Millionen Sterbefälle gegenüber – ein Minus von rund 800 000 Einwohnern. Der Bevölkerungszuwachs in den neunziger Jahren ist allein Zuwanderungen aus dem Ausland zuzuschreiben: 9,6 Millionen Menschen zogen aus dem Ausland zu, 6,4 Millionen zogen ins Ausland weg, ein Wanderungssaldo von 3,2 Millionen.

Die Zunahme geht etwa zu zwei Dritteln auf das Konto ausländischer Zuwanderer und zu einem Drittel auf das Konto deutscher Aussiedler aus Ost- und Südosteuropa<sup>8</sup>.

Die aktuelle Einwanderungsdebatte macht deutlich, dass Deutschland auch oder gerade in Zukunft aus ökonomischen und demographischen Gründen nicht auf eine Zuwanderung aus dem Ausland verzichten kann. Viel spricht sogar dafür, diese Zuwanderung noch zu forcieren. Bereits die zu Beginn dargestellte Prognose legt ein jährliches positives Zuwanderungssaldo von 100 000 Menschen

<sup>7</sup> BBR (s. Anm. 6), S. 101

<sup>8</sup> Dieter Oberndörfer (2001): Für sozialverträgliche Zuwanderung. In: taz 15.1. 2001



zugrunde. Andere Studien gehen von einer notwendigen Nettozuwanderung von jährlich 300 000 bis 500 000 aus. Bei 300 000 würde sich der Anteil der Zuwanderer an der Bevölkerung Deutschlands innerhalb der nächsten 35 Jahre von 9 auf 20 Prozent mehr als verdoppeln, bei einer mäßigen Zunahme der Einbürgerungen immer noch auf 13 bis 15 Prozent erhöhen<sup>9</sup>.

### Bevölkerungsentwicklung <sup>10</sup>



Dabei wird auch vor überzogenen Hoffnungen gewarnt: Die Zugewanderten passen sich in ihrem "Reproduktionsverhalten" zunehmend dem der Deutschen an, bekommen also pro Familie immer weniger Kinder. In Ländern, die zu den traditionellen Anwerbeländern gehören (Italien, Spanien, Griechenland), und in Ländern, von denen manche eine künftige Zuwanderung erwarten (wie Ungarn, den baltischen Staaten, Tschechien, Russland), liegt die Geburtenhäufigkeit noch unter derjenigen in Deutschland. Es ist daher sogar mit einer zunehmenden Konkurrenz um Zuwanderung zu rechnen<sup>11</sup>. Auch aus demographischen Gründen erscheint daher eine entschiedene Familienpolitik dringend notwendig, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie grundlegend verbessert.

Mit großer Wahrscheinlichkeit ist dagegen abzusehen, dass der Anteil der Zugewanderten, die bereits jetzt hier leben, an der Gesamtbevölkerung ansteigen wird. Ende 1999 lebten rund 7,3 Millionen Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, das entsprach einem Anteil von etwa 9 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Die größten Gruppen bildeten die Türken mit 2,1 Millionen, Staatsange-

<sup>9</sup> a.a.O.

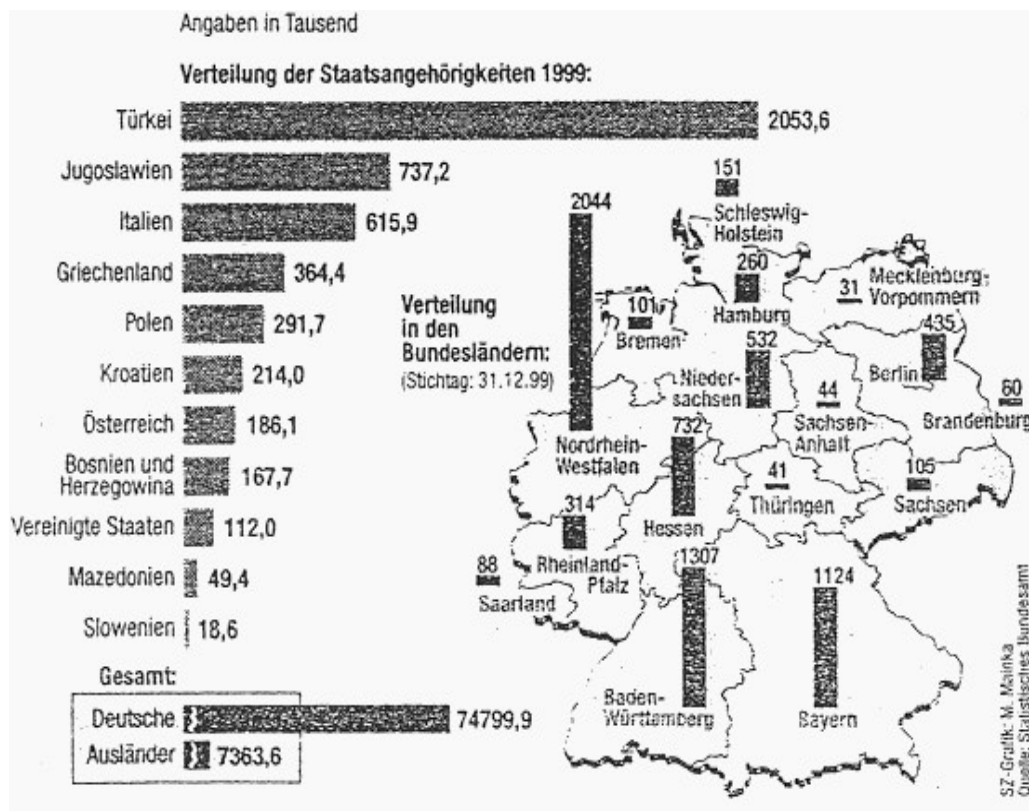
<sup>10</sup> Staatsanzeiger 12.2.2001

<sup>11</sup> Oberndörfer (s. Anm. 8)

hörige der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) mit 0,7 Millionen, Italiener (0,6 Millionen), Griechen (0,4 Millionen), Polen (0,3 Millionen), Kroaten, Österreicher und Bosnier (je 0,2 Millionen, Zahlen jeweils gerundet)<sup>12</sup>.

Der Altersaufbau der ausländischen Bevölkerung unterscheidet sich erheblich von dem der deutschen: 1999 waren 22,3 Prozent unter 18 Jahre alt (Deutsche: 18,7 Prozent), 73,4 Prozent im Alter zwischen 18 und 65 Jahren (Deutsche: 64,2 Prozent), nur 4,3 Prozent 65 Jahre und älter (Deutsche: 17,1 Prozent). Der Anteil der älteren Ausländer/innen wird allerdings künftig ebenfalls ansteigen.

### Ausländische Bevölkerung in Deutschland<sup>13</sup>



Ende 1999 lebten ein Drittel aller Ausländer/innen bereits 20 Jahre und länger in Deutschland, 40 Prozent mehr als 15 Jahre und über die Hälfte mehr als 10 Jahre – bei den Türken sogar 64,4, den Griechen 69,5, den Italienern 72,7 und den Spaniern 79,1 Prozent. 22,5 Prozent aller Ausländer sind schon in Deutschland geboren, bei den unter 18-Jährigen sind es bereits 68,2 Prozent, bei den unter 6-Jährigen sogar 88,8 Prozent. Seit Anfang der siebziger Jahre ma-

<sup>12</sup> Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (2000): Daten und Fakten zur Ausländersituation. Berlin und Bonn (auch: Internetseiten der Bundesausländerbeauftragten, [www.bundesauslaenderbeauftragte.de/fakten](http://www.bundesauslaenderbeauftragte.de/fakten))

<sup>13</sup> Süddeutsche Zeitung 2./3.12.2000

chen Kinder ausländischer Eltern durchschnittlich zwischen 10 und 13 Prozent aller in Deutschland geborenen Kinder aus.

Auch bei den Zuwanderungszahlen geben Durchschnittswerte nur einen unvollständigen Eindruck von der Realität in einzelnen Städten und Stadtteilen. So liegt in vier Städten der Ausländeranteil über 20 Prozent: in Frankfurt (30,1), Stuttgart (24,1), München (23,6) und Köln (20,6)<sup>14</sup>. Zuwanderung war schon immer eine dezidiert städtische Erscheinung.

In den Städten sind wiederum die Unterschiede zwischen den Stadtteilen deutlich: In Stuttgart etwa liegt der Ausländeranteil zwischen fast 35 Prozent in den Bezirken Mitte und Wangen und unter 13 Prozent in Sillenbuch und Birkach.<sup>15</sup>

Eine Prognose für mehrere Städte in Nordrhein-Westfalen zeigt, dass bei den 20- bis 40-Jährigen (also der Jahrgänge in der Phase der Familiengründung und -bildung) der Anteil der Menschen ohne deutschen Pass, der 1992 zwischen 14,8 und 19,3 Prozent lag, bis zum Jahr 2010 auf 40,9 bis 45,9 Prozent ansteigen wird<sup>16</sup>.

### **Anteil der Ausländer an der Bevölkerung<sup>17</sup>**

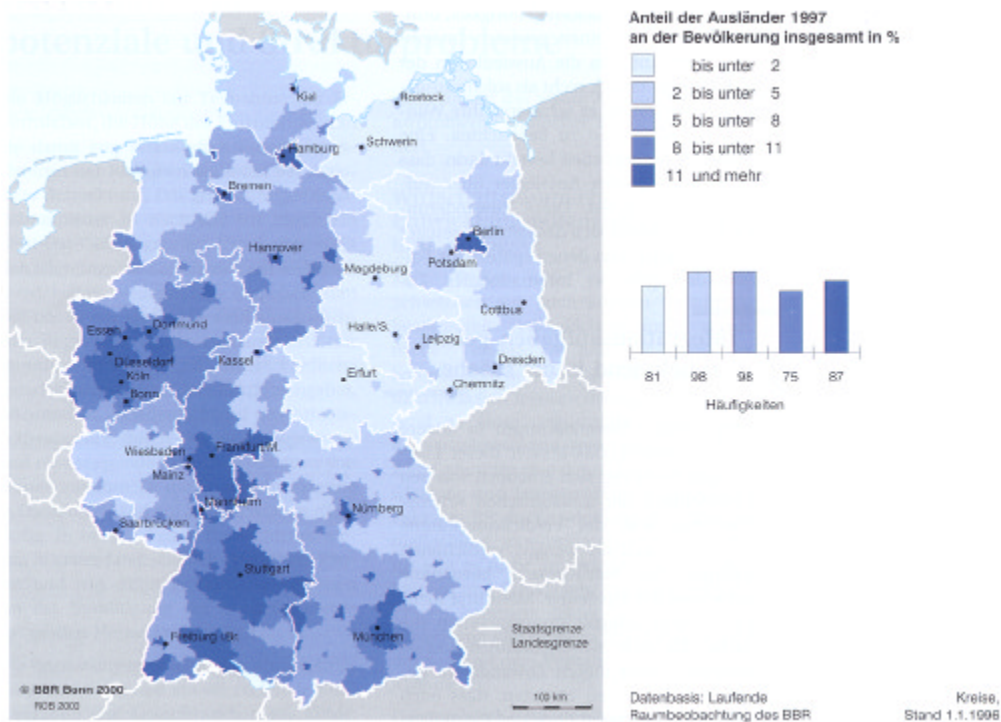
---

<sup>14</sup> Beauftragte der Bundesregierung ... (s. Anm. 12)

<sup>15</sup> Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt (2000): Statistik und Informationsmanagement, Jahrbuch 2000. Stuttgart (eigene Berechnungen)

<sup>16</sup> Wilhelm Heitmeyer (1998): Versagt die "Integrationsmaschine" Stadt? Zum Problem der ethnisch-kulturellen Segregation und ihrer Konfliktfolgen. In: Wilhelm Heitmeyer, Rainer Dolase und Otto Backes (Hrsg.) (1998): Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben. Frankfurt am Main, S. 443-467. Hier: S. 456

<sup>17</sup> BBR (s. Anm. 6), S. 103



Seit Januar 2000 werden hier geborene Kinder dauerhaft hier lebender ausländischer Eltern von Anfang an Deutsche, in den 10 Jahren davor hier geborene auf Antrag; sie erhalten bis zur Volljährigkeit die doppelte Staatsbürgerschaft und müssen sich bis zum 23. Lebensjahr für eine Staatsangehörigkeit entscheiden. Statistisch gesehen werden sie nicht mehr als Ausländer registriert. Auch für dauerhaft hier lebende Ausländer wurden mit dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht die Möglichkeiten zur Einbürgerung erleichtert (nach 8 Jahren), wovon allerdings erst zurückhaltend Gebrauch gemacht wird.

Auch aus anderen Gründen ist der Begriff "Ausländer" heute nicht mehr befriedigend. Immer mehr Kinder ausländischer Eltern sind hier geboren und kennen das Herkunftsland ihrer Eltern eher von Erzählungen und Ferienaufenthalten als aus dem Alltagsleben. Immer mehr Kinder stammen aus binationalen Ehen. Die europäische Einigung stellt EU-Bürger rechtlich einander weitgehend gleich. Die Integration macht (langsame) Fortschritte. Von den deutschen Ausiedlern haben andererseits viele, gerade die Generation der Kinder und Jugendlichen, nur geringe (manchmal keine) Deutschkenntnisse. Zutreffender ist es daher, von Menschen mit Migrationshintergrund zu sprechen.

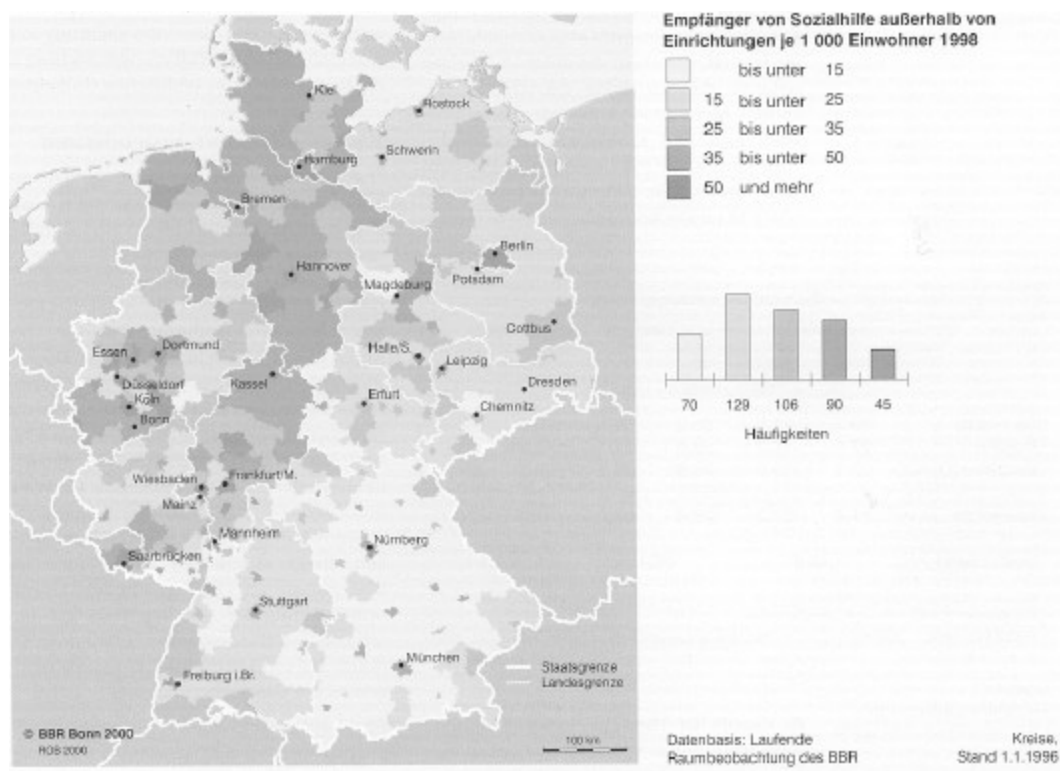
### 1.3. Andere Sozialdaten

Für die soziale Entwicklung in Städten und Stadtteilen sind noch viele weitere Strukturdaten von entscheidender Bedeutung. Diese sind

allerdings noch weit schwieriger zu prognostizieren, und diese Expertise kann keine umfassende Sozialstudie sein. Ohne die Bedeutung mindern zu wollen, sei deswegen nur kurz darauf hingewiesen, dass

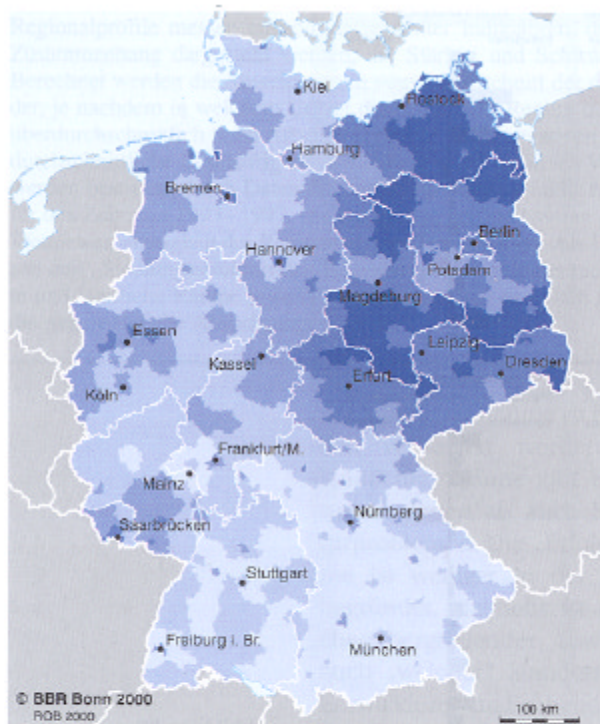
- sich auch die Sozialhilfeempfänger in bestimmten Regionen (mit einem deutlichen Nord-Süd-Gefälle) und in den Städten konzentrieren,
- auch die Arbeitslosenquote ein deutliches Nord-Süd-Gefälle aufweist – die niedrigsten Quoten werden für süddeutsche Regionen und die höchsten für die so genannten altindustriellen Regionen verzeichnet. Hier ist die Stadt-Umland-Verteilung nicht so eindeutig wie bei den Sozialhilfeempfängern.

### Sozialhilfebezug<sup>18</sup>



<sup>18</sup> BBR (s. Anm. 6), S. 99

## Arbeitslosenquote<sup>19</sup>



Arbeitslosenquote 1997-1999 in %

□	bis unter 7
□	7 bis unter 10
□	10 bis unter 15
□	15 bis unter 20
□	20 und mehr

Anmerkung: Die „Arbeitslosenquote“ mißt den Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen zivilen Erwerbspersonen einschließlich der Arbeitslosen selbst.

### 1.4. Fragen

Hier seien zunächst einige Fragen festgehalten: Was heißt es für die Arbeit in den Stadtteilen und ihren Büchereien, dass

- die Bevölkerung insgesamt zurückgeht,
- ein immer größer werdender Anteil der Menschen in höherem und hohem Alter ist,
- Kinder zur Rarität werden,
- ein steigender Anteil der Menschen aus Familien kommt, die nach Deutschland zugewandert sind und hier unterschiedliche Fremdheitserfahrungen gemacht haben?

<sup>19</sup> BBR (s. Anm. 6), S. 110

## 2. Räumliche Entwicklung der Städte und Stadtteile

### 2.1. Verstädterung – Stadterweiterung – Suburbanisierung

"Die Ausdehnung der Stadt nimmt nie ein Ende", klagte Schinkel 1826 über London<sup>20</sup>. Zwar gab es auch bereits in der Antike und im Mittelalter sehr große Städte. Diese waren jedoch Einzelerscheinungen, herausgehobene Höhepunkte inmitten eines ländlichen Umlands. Mit der Industrialisierung begann ab der Mitte des 19. Jahrhunderts eine rasante Umformung des über Jahrhunderte gewachsenen Städtensystems. Verstädterung bezeichnet zunächst den *quantitativen* Prozess des Städtewachstums. Damit einher geht die Urbanisierung als "der *qualitative* soziokulturelle Umformungsprozess der gesamten Gesellschaft über die Städte hinaus", begleitet durch die Ablösung der Stände- durch die Klassengesellschaft, Bürokratisierung, Verrechtlichung, Partizipation, Verbreitung allgemeiner Bildung, die Entwicklung der Massenkommunikations- und -verkehrsmittel<sup>21</sup>.

Die folgende Phase war die der Stadterweiterung. Die Stadt wuchs über sich selbst hinaus, Vorstädte wurden gegründet, die Städte verleibten sich Orte – Dörfer und Kleinstädte – an ihren Rändern ein. Durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs konnten größere Distanzen zwischen Wohnung und Arbeitsplatz bewältigt werden.

Mit der massenhaften Verbreitung der Individualverkehrs erlebte die Entwicklung der Städte einen neuen Sprung – die Suburbanisierung. Dies meint die "Verlagerung von Nutzungen und Bevölkerung aus der Kernstadt, dem ländlichen Raum oder anderen metropolitanen Gebieten in das städtische Umland bei gleichzeitiger Reorganisation der Verteilung von Nutzungen und Bevölkerung in der gesamten Fläche des metropolitanen Gebiets"<sup>22</sup>, "die verstärkte wechselseitige Durchdringung von Stadt und Land, wobei die sprunghafte Ausweitung der Massenverkehrs- und Kommunikationsmittel, die Ausdehnung des Pendlereinzugsbereichs, die Entdeckung und auch planmäßige Vermarktung des Freizeitwertes des Landes u.ä. zu neuen Arten der Symbiose der beiden Lebenssphären geführt

---

<sup>20</sup> zit. nach Gerd Albers (1997): Zur Entwicklung der Stadtplanung in Europa. Begegnungen, Einflüsse, Verflechtungen. Braunschweig/Wiesbaden, S. 286

<sup>21</sup> Michael Bose (1995): Wirkungsanalyse eines stadtreionalen Siedlungsstrukturkonzeptes und Ansätze für eine Neuorientierung. Das Entwicklungsmodell für Hamburg und sein Umland. Hamburg, S. 31 (unter Berufung auf Reulecke; Hervorhebung G.S.)

<sup>22</sup> Jürgen Friedrichs, zit. nach Bose (s. Anm. 21), S. 32

hat"<sup>23</sup>. Die Entwicklung der Stadt ist also nicht einfach eine Addition, eine Anlagerung neuer Gebiete, sondern ein dauernder Veränderungsprozess.

Das bedeutet eine zunehmende Radiuserweiterung und Siedlungsdispersion. "Ein Zeitvergleich (1980-1985/1993-1998) zeigt für die alten Länder, dass sich die Gravitationszentren der Verstädterung immer weiter nach außen verlagern und immer weitere ländliche Gebiete umfassen. Gewinner der Entwicklung sind nicht mehr so sehr die verdichteten Kreise im unmittelbaren Umland der Kernstädte, sondern die weniger verdichteten Kreise und vor allem die ländlichen Kreise. Auch im gesamtdeutschen Vergleich ist eine klare, allgemeine Tendenz festzustellen, eine Abnahme der Bevölkerungsverluste von innen nach außen. Zu beobachten ist die starke Abnahme der traditionell angestammten Innenstadtbevölkerung (deutsche Wohnbevölkerung), die sich allerdings in den neuen Ländern im Zeitraffer vollzieht und zudem weit weniger als in den alten Ländern durch Stadtbewohner ohne deutschen Pass ausgeglichen wird.

Die Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung in den Agglomerationen verläuft immer disperser, die Arbeitsplatzentwicklung noch ausgeprägter als die Bevölkerungsentwicklung ... . Die Umlandgemeinden ohne zentralörtliche Bedeutung verzeichnen die größte Dynamik. Bevölkerungs- und Arbeitsplatzsuburbanisierung verlaufen relativ unabhängig von siedlungspolitischen Vorstellungen wie etwa dem raumstrukturellen Leitbild der dezentralen Konzentration, nach dem sich die Entwicklung auf Schwerpunkte mit zentralörtlicher Bedeutung konzentrieren sollte"<sup>24</sup>.

In den alten Ländern verläuft dieser Prozess weitgehend in der Reihenfolge Wohnen, Einzelhandel, Gewerbe, tertiäre Dienste; in den neuen Ländern zieht der Einzelhandel noch vor Gewerbe und Wohnen aus den Städten aus.

### **Radiuserweiterung der Bevölkerungsentwicklung<sup>25</sup>**

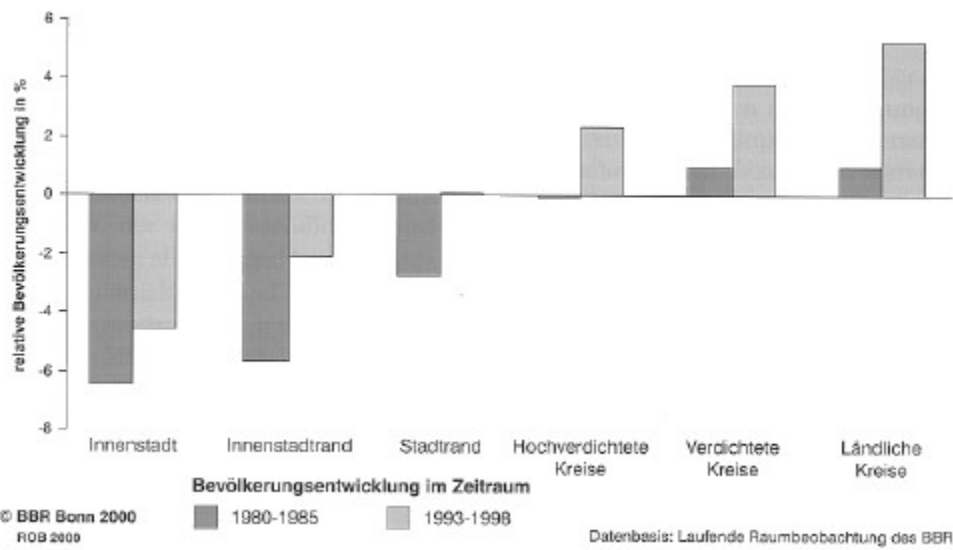
---

<sup>23</sup> Jürgen Reulecke, zit. nach Bose (s. Anm. 21), S. 32

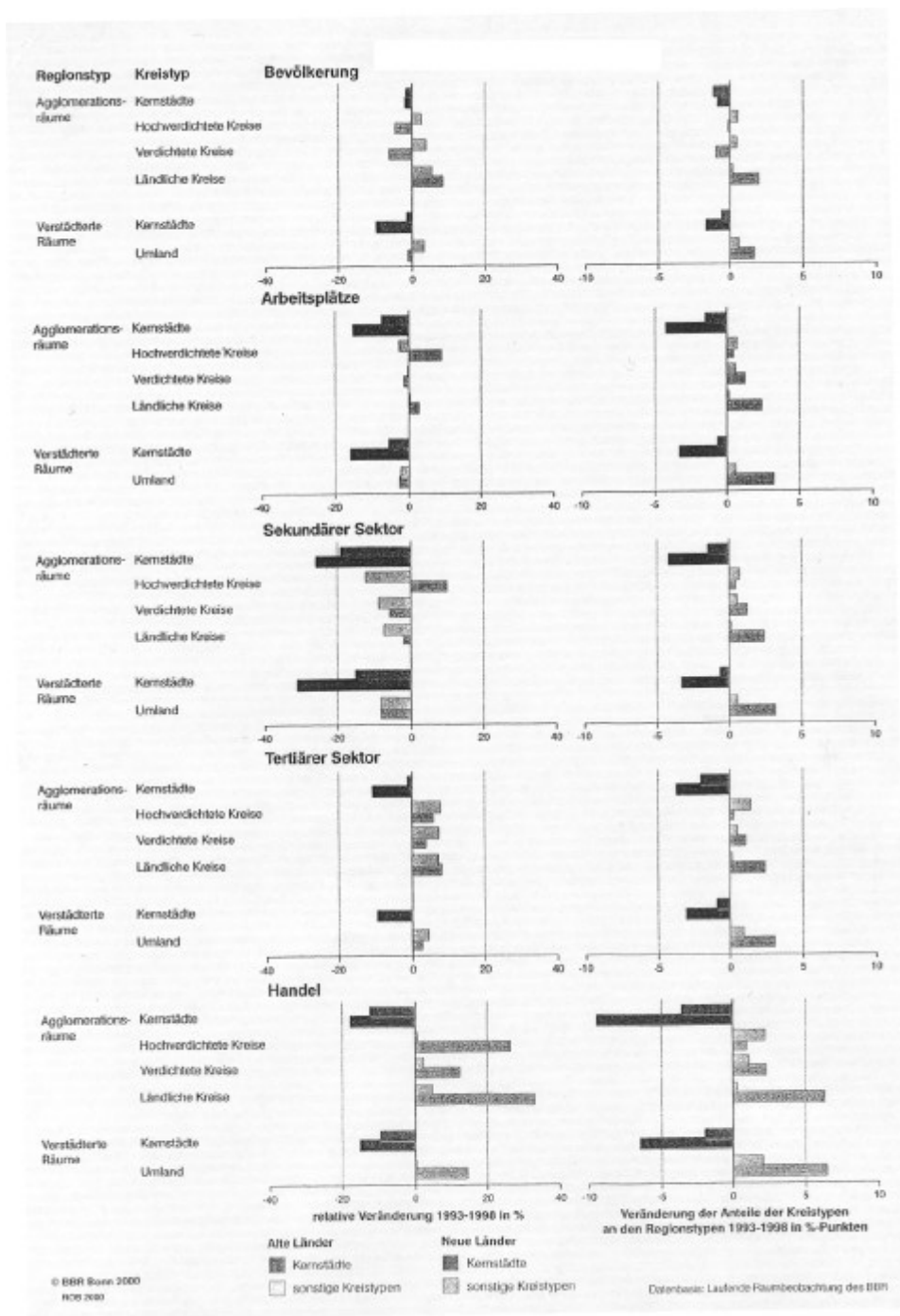
<sup>24</sup> BBR (s. Anm. 6), S. 52

<sup>25</sup> BBR (S. Anm. 6), S. 53





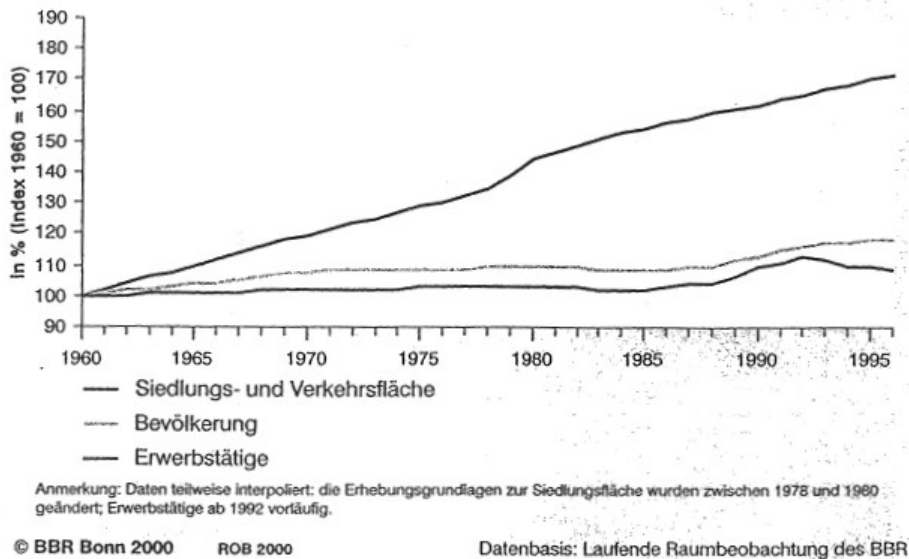
Suburbanisierungstendenzen<sup>26</sup>



Die Entwicklung der Siedlungsflächen hat sich von der Bevölkerungsentwicklung weitgehend abgekoppelt. Während in den vergangenen 40 Jahren die Bevölkerung in den alten Ländern um 30 Prozent, die Zahl der Erwerbstätigen nur um 10 Prozent zunahm, hat sich die Siedlungsfläche im selben Zeitraum nahezu verdoppelt. 1997 kamen auf jeden Einwohner statistisch gesehen rund 500 m<sup>2</sup> Siedlungsfläche.

<sup>26</sup> BBR (S. Anm. 6), S. 54

## Entwicklung der Siedlungsfläche<sup>27</sup>



Die Einwohnerzahl der Stadt Stuttgart ist von über 640 000 im Jahr 1962 auf rund 550 000 im Jahr 1999 zurückgegangen. Vor allem die Bezirke im äußeren Stadtgebiet sind von einem Bevölkerungsrückgang betroffen, während die (sehr gemischten) Bezirke im inneren Stadtgebiet einen positiven Wanderungssaldo und überwiegend einen leichten Geburtenüberschuss erleben<sup>28</sup>.

In der Region Stuttgart ist zwischen 1971 und 1993 die Bevölkerung um 10 Prozent gewachsen, der Flächenverbrauch jedoch um rund 40 Prozent. "Wenn dies so weiterginge, wäre eine großflächige Zersiedelung von Backnang bis Herrenberg und von Geislingen bis Vaihingen/Enz die Folge"<sup>29</sup>.

Mit den *megacities* auch in Ländern der sogenannten "Dritten Welt", deren Einwohnerzahl nur noch in zweistelligen Millionenbeträgen geschätzt werden kann, hat die Entwicklung der Städte weltweit eine neue Qualität erreicht – bestimmendes Thema auch beim internationalen Städtebaukongress "Urban 21" im Sommer 2000 in Berlin.

## 2.2. Städtebauliche Leitbilder

Die Siedlungsentwicklung verläuft im Gegensatz zu vorherrschenden städtebaulichen Leitbildern, heißt es im zitierten Raumordnungsbericht. Dennoch haben in den vergangenen Jahrzehnten unter-

<sup>27</sup> BBR (S. Anm. 6), S. 37

<sup>28</sup> Landeshauptstadt Stuttgart (s. Anm. 15), eigene Berechnungen

<sup>29</sup> Verband Region Stuttgart (o.J.): Regionalplanung in der Region Stuttgart. Stuttgart, S. 12

schiedliche Leitbilder die Entwicklung und Organisation der Städte geprägt.

Zwischen den Weltkriegen griff die Trennung der Funktionen – Arbeiten, Wohnen, Freizeit, Fortbewegung – Raum, die in der "Charta von Athen" ihren Ausdruck gefunden hat, die Stadt wurde als Stadt-Landschaft verstanden. Der Wiederaufbau der Städte in den 50er Jahren des vergangenen Jahrhunderts stand weitgehend unter dem Leitbild der "organischen"<sup>30</sup> oder autogerechten Stadt. In den 60er und 70er Jahren bestimmte das Leitbild "Urbanität durch Dichte" den Bau vieler Großsiedlungen. In den 80er Jahren reagierten "Neue Urbanität" und Postmoderne mit formal-gestalterischen Ansätzen auf den Verlust vieler Qualitäten durch die bisherigen Siedlungstypen.

Heute wird unter dem Eindruck der explosionsartigen Entwicklung der Siedlungsflächen die Nachhaltigkeit der Stadt zum Thema. Die Enquête-Kommission des Bundestags "Schutz des Menschen und der Umwelt" fordert, den Flächenverbrauch bis zum Jahr 2010 von bisher rund 120 Hektar pro Tag auf ein Zehntel zu verringern<sup>31</sup>. Fachplaner/innen proklamieren die frauen-, kinder-, altengerechte Stadt. Und es gibt wieder neue Aufmerksamkeit für die Gebrauchsfähigkeit der Stadt für ihre Bewohner und Nutzer. Die "lebenswerte Stadt" soll die Gelegenheit zu Eigentum und Nachbarschaft, Anlässe und Gelegenheiten "um die Ecke", Erreichbarkeit und Durchlässigkeit der Quartiere, kurze Wege, Verkehrsmittel- und Wegewahl, Gebrauchswerte und Alterungsfähigkeit bieten<sup>32</sup>. Die entscheidende Frage dabei ist, welche städtischen Funktionen angestrebt und verwirklicht werden. Gelingt eine neue Form der Nutzungsmischung, von Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Versorgung auf dichtem Raum, wird sie überhaupt angestrebt? Insbesondere städtische Brachflächen bieten dazu gute Möglichkeiten, einzelne Stadtentwicklungsprojekte zeigen, dass neue städtische Quartiere auch heute noch entstehen können<sup>33</sup>. Die Siedlungsentwicklung verläuft allerdings – wie dargestellt – derzeit immer noch in eine gänzlich andere Richtung.

Die folgende Übersicht zeigt die einzelnen Etappen der Außen- und Innenentwicklung der Städte im 19. und 20. Jahrhundert und erlaubt es, den Stadtteil, mit dem man es jeweils zu tun hat, in dieser Entwicklung zu verorten.

---

<sup>30</sup> organisch, weil das Straßensystem nicht rasterartig, sondern wie die Adern eines Blattes angelegt ist

<sup>31</sup> Enquête-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt - Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung" (Hrsg.): Abschlussbericht. In: Deutscher Bundestag 13. Wahlperiode Drucksache 13/11200, Bonn 1998, S. 127 ff

<sup>32</sup> Käthe Protze, Christoph Theiling (2000): Lebenswerte Stadtquartiere. Lehren aus der Stadt- und Verkehrsplanung für Städte von morgen. Gutachten im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn, S. 19

<sup>33</sup> a.a.O.; Andreas Feldtkeller (Hrsg.) (2001): Städtebau – Vielfalt und Integration. Neue Konzepte für den Umgang mit Stadtbrachen. Stuttgart/München

Städtebau im 19. und 20. Jahrhundert<sup>34</sup>

Außenentwicklung	Innenentwicklung	Grundlagen
<b>1800-1880     Arbeitersiedlungen und Elendsviertel</b>		
Große Stadterweiterungen und paternalistischer Siedlungsbau: Englische Industriedörfer: - <i>Saltaire, Ackroyden, Bourneville, Port Sunlight ...</i> Deutsche Arbeiterkolonien: - <i>Eisenheim, Kuchen - Krupp: Schedorhof, Cronenberg, ...</i> Trabantenstädte und Bandstadtkonzepte: - <i>Whitton, Unwin - Sonia y Matas ...</i>	Elendsviertel und Bebauung mit Back-to-Back-Typen bzw. Mietskasernen: - <i>London, Liverpool, Leeds - Berlin ...</i> Stadtregulierungen: - <i>Strßenachsen Paris, Ringstraße Wien,</i> Gesetze und Fluchtlinienpläne: - <i>Public Health Act, Preußen 1875</i>	Sozial-, Boden-, Wohnungsfrage: Reform-Modelle HAUSSMANN 1853 HOBRECHT 1860 - Grundz. f. Stadterweit. 1874 Techn. Städtebau: - BAUMEISTER 1876
<b>1880-1910     Garden Cities und Stadtregulierungen</b>		
Town a. Country Planning Association 1890: - <i>Leichworth 1903, Hampstead 1908, Welwyn 1919</i> Unternehmenssiedlungen: Krupp u.a. - <i>Dahlhauser Heide, Emscher Lippe - Grundersdorf ...</i> Deutsche Gartenstadt-Gesellschaft 1902	Stadtregulierungen: - <i>Bauzonenpläne, Korridorstraßen ...</i> Staffelbauordnung: - <i>München 1904</i> Innerstädtische Wohnanlagen	Künstler. Städtebau: - SITTE 1889 STÜBBEN 1890 HOWARD 1898/02 Grunds. Städteb.06
<b>1910-1925     Gartenstädte und Hofbebauungen</b>		
Blüte der Gartenstadtbewegung: - <i>Karlsruhe-Flöppurr, Dresden-Heinersau, Nürnberg, Essen-Margarethenhöhe ... - Staaken, Pieseritz ...</i> Siedlerbewegung/ Beginn sozialer Wohnungsbau, Wohnungsbaugesellschaften: - <i>Friedenstadt, Freihofsiedlung, Lockenwiese ...</i> Regionalverbände und Großstadtplanung: - <i>Siedlungsverband Ruhr, Groß-Hamburg, Groß-Berlin</i>	Hofbebauungen: - <i>S-Osternau, H-Brüggemannhof ...</i> - <i>München-Laim, Alte Heide ...</i> Wiederaufbau nach dem Ersten Weltkrieg: - <i>Wohnanlagen, Erweiterung der Zentren</i> Neuordnung des Bestands: - <i>Generalregulierung Wien</i>	Grundl.d.Städtebaus: - UNWIN 1911 O. WAGNER 1911 Wohnungszwangswirtschaft, Selbsthilfebau Stadtvisionen "Neues Bauen": - <i>Bauhaus 1919, Dess-Törten</i>
<b>1925-1935     Neues Bauen und Großsiedlungen</b>		
Neues Bauen und Großsiedlungen 1926-32: - <i>Frankfurt-Hömerstadt, Praunheim, Westhausen - Berlin- Britz, Onkel Toms Hütte, Siemensstadt</i> - <i>Karlsruhe-Dammerstock 1928/29</i> Werkbund-Wohnbauexperimente: - <i>Weißhofsiedlung Stuttgart 1927,</i> - <i>Wien, Prag, Brno, Zürich ...</i> Nebenerwerbssiedlungen: <i>Flt-Goldstein, ...</i>	Wiener Höfe 1924-30: - <i>Sandsteinhof, Rabenhof, Karl-Seitz-Hof, George Washington-Hof, Engelshof, Karl-Marx-Hof ...</i> Erweiterungsplanungen: - <i>München-Borstein 1924-30</i> - <i>Hamburg-Jamestadt 1926-28</i> - <i>Hannover-Süd 1930</i>	Ideologiestreit: - "Ring" / "Block" MAY, TAUT / WAGNER Anti-Großstadt-Beweg. Charta von Athen 33 Zentrale-Orle-Theorie - CHRISTALLER 1933 Großstadtplanung
<b>1935-1945     Nazi-Heimstätten und Monumentalanlagen</b>		
Kleinsiedlungsbau, "Heimstätten" 1933-39: - <i>BS-Mascherode, M-Ramersdorf, RB-Schottenheimstedt...</i> Idealstädte und Neue Städte: - <i>Stadt X, Salzgitter, Wolfsburg 1937/38</i> Vorbereitung des "sozialen Wohnungsbaus" im Osten nach dem Krieg 1940-43	Neuordnungsplanungen: - <i>Weimar, Nürnberg ...</i> Monumentalanlagen: - <i>München, Berlin ...</i> Behelfsheime Wiederaufbaukonzepte	Nachbarschaften - <i>Volkshaus, "Stadtkrone"</i> Die neue Stadt: - <i>FEDER 1939</i> Siedlungszelle Stadtlandschaften
<b>1945-1960     Wiederaufbau und erste Stadterweiterungen</b>		
Wohnquartiere als Stadterweiterung: - <i>S-Rothweg, BN-Reutersiedlung, M-Bogenhausen,</i> - <i>Gartenstadt B-Vahr ...</i> Stadttranssiedlungen als "Neue Städte": - <i>B-Charlottenburg-Nord, Sennestadt, KA-Waldstadt,</i> - <i>Nürnberg-Langwasser ...</i> DDR-Grundsätze: - <i>Eisenhüttenstadt</i>	Restaurativer Wiederaufbau: - <i>Determinanten: Techn. Infrastruktur, Straßen und Eigentum</i> Neue Aufbaukonzepte: - <i>Mainz, Nürnberg, ... B-Hänsaviertel,</i> - <i>H-Kreuzkirche, HH-Grindelberg</i> - <i>Ostberlin-Stalinallee</i>	REICHOW 1948/59: - <i>Autogerechte Stadt</i> - <i>Organische Stadtbaukunst</i> SCHWAGENSCHIEDT: - <i>Raumstadt 1949</i> - <i>geg.+aufgelockerte Stadt</i> GÖDERITZ/RAINER 57
<b>1960-1980     Trabantenstädte und Flächensanierungen</b>		
Trabantenstädte und "Neue Städte": - <i>S-Fasanenhof, Freiberg, B-Neue Vahr, D-Garath,</i> - <i>F-Nordweststadt, K-Chorweiler, B-Märk. Viertel,</i> - <i>DA-Kranichstein, H-Emmertgrund, MA-Vogelstang,</i> - <i>M-Neuperlach, H-Staishoop, -Altenhöhe, B-Gropiusstadt,</i> - <i>N-Langwasser, Neue Stadt Wulfen ...</i> Stadtregion und Regionalstadt	Umbau der Innenstädte: - <i>Kommerzialisierung + Tertiarisierung,</i> - <i>Großkomplexe + Schnellstraßenbau,</i> - <i>Flächensanierung + Einf. Erneuerung,</i> - <i>Rekonstruktion + Reparatur,</i> - <i>Wohnumfeldverb. + Verkehrsberuhig. ...</i> Großinfrastrukturen	Urbanität und Dichte: - <i>SALIN 1960,</i> - <i>Auto: BUCHANAN 64,</i> - <i>Städtebau FG1971, Bürgerbeteiligung, Städteag 1971,</i> - <i>Denkmaljahr 1975</i> Stadtentw. Planung
<b>1980-1995     Stadtumbau und Bestandsverdichtung</b>		
Ende der Flächenexpansion Neue Stadterweiterungen: Wohnungsschwerpunkte, Militärkonversion	Stadtumbau "Ökologischer Städtebau" Verdichtung des Bestands	Grenz.d.Wachstums Umweltschutz Wohnungsnot

<sup>34</sup> Dietmar Reinborn (1996): Städtebau im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart/ Berlin/ Köln, S. 146

### 2.3. Zentren – Stadtteile - Peripherie

Zu Beginn wuchsen die Städte weitgehend um das Zentrum herum in konzentrischen Kreisen, die sich immer weiter ausdehnten. Es gab dann immer wieder Versuche, dieses Wachstum in andere, geordnete Bahnen zu lenken: Die Schaffung von Grüngürteln, die dieses Wachstum unterbrechen; die Bandstadt, die entlang von Verkehrsachsen wächst; und schließlich Siedlungen mit Eigenständigkeit: Neugründungen von Städten im Umland; unter anderem die 1915 erstmals genannten Satellitenstädte, die – anders als die ausschließlich dem Wohnen gewidmete Trabantenstadt im Deutschen – eine richtige Stadt sein sollten: "a town in the full sense of the word, a distinct civic unit with its own corporate life, possessing the economic, social, and cultural characteristics of a town"<sup>35</sup>. Howard konzipierte in England die Gartenstadt als Wohnzone, die den Stadtkern umschließt, in 6 *wards* (Stadtbezirke) gegliedert, in deren Mitte jeweils die öffentlichen Gebäude (Kirchen, Schulen) angeordnet sind. Auch andere Modelle verfolgten die Vorstellung von Stadtbezirken mit einer gewissen Eigenständigkeit. Aus den USA stammt der Begriff der "Nachbarschaftseinheit". Besonders in den Nachkriegsjahren wurde die Vorstellung prägend, die Wohnsiedlung mit der Grundversorgung für Bildung, Einkauf und Dienstleistungen auszustatten. Entsprechend dem üblichen Schulsystem und der Struktur des damaligen Einzelhandels galten Einzugsbereiche von 5- bis 10 000 Einwohnern als zweckmäßig<sup>36</sup>. Das Arbeiten blieb allerdings außen vor, und der Begriff "Nachbarschaften" macht deutlich, dass es nur um Angebote für die Bewohner, nicht für Außenstehende geht.

Dabei blieb unbestritten, dass es eine bestimmte hierarchische Gliederung zwischen Orten gibt. Diese Überzeugung fand ihre Ausformulierung in der Theorie der zentralen Orte, die von Walter Christaller 1933 entwickelt wurde und seit den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts vorherrschendes Prinzip der Regional- und Landesplanung ist. Die Zentralität eines Ortes wird nach seinem "Bedeutungsüberschuss" bemessen, der nach Abzug der von den Bewohnern selbst benötigten Güter und Dienste verbleibt. Dabei werden die Orte nach bestimmten Zentralitätsstufen geordnet und in der Region verteilt, bestimmten Funktionen zugeordnet und an Verkehrslinien angelagert<sup>37</sup>.

So soll auch der Regionalplan für die Region Stuttgart das künftige Wachstum bündeln, indem mögliche Siedlungsbereiche für den Wohnungsbau, Gewerbeschwerpunkte, Freiräume, Verkehrsentwicklung festgelegt werden, mit einer Siedlungsentwicklung entlang von Entwicklungsachsen entlang der vorhandenen großen Siedlungen und Verkehrswege bis in die Randbereiche der Region; und

<sup>35</sup> Purdom 1925, zit. nach Albers (s. Anm. 20), S.289

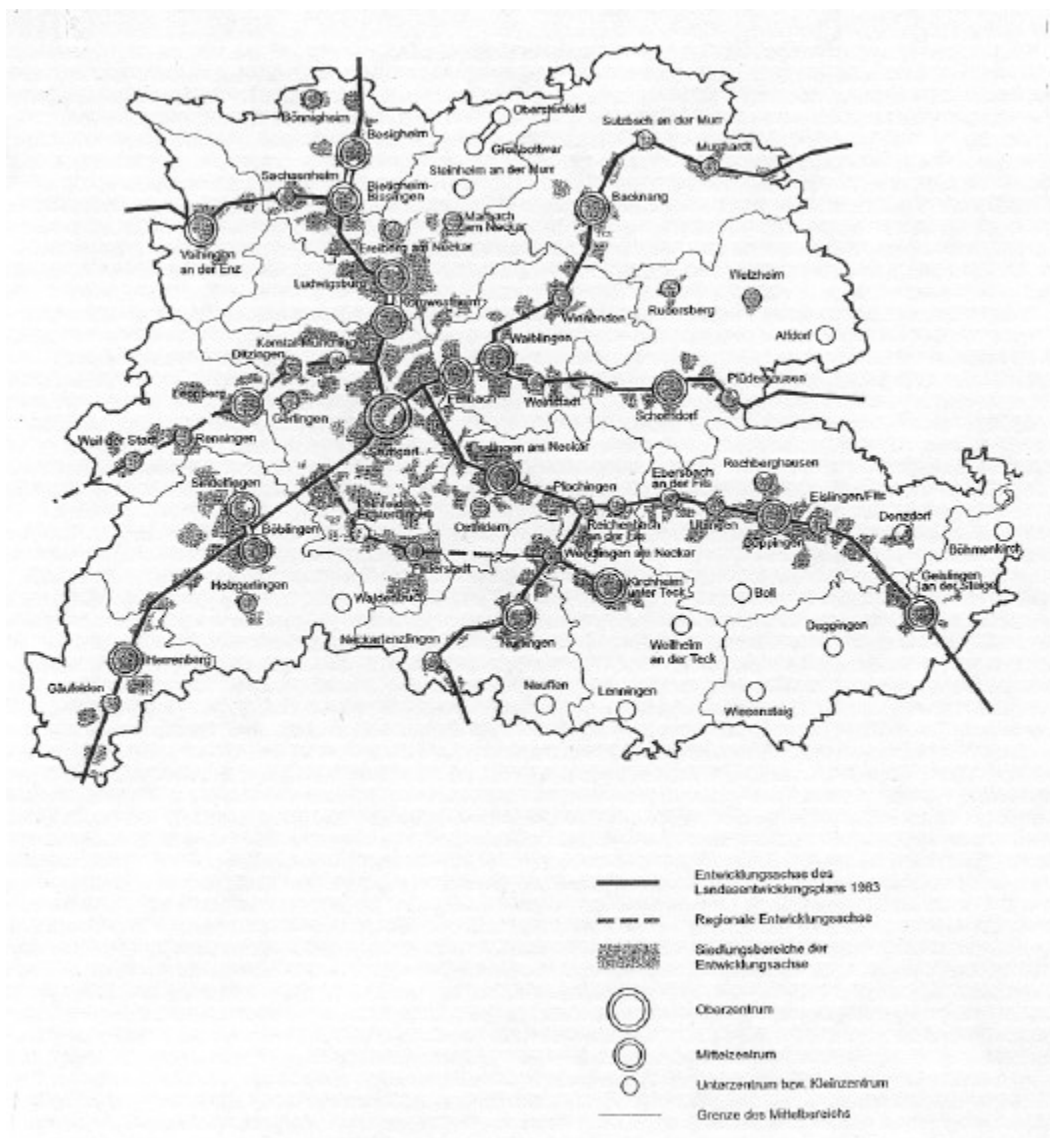
<sup>36</sup> ausführliche Darstellung in Albers (s. Anm. 20), S. 290 ff

<sup>37</sup> Reinborn (s. Anm. 34), S. 146

nach dem System der zentralen Orte, das bestimmten Städten und Gemeinden Aufgaben für ihr Umland zuweist:

- mit dem Oberzentrum Stuttgart – als bevorzugter Standort für hochqualifizierte, komplexe und selten verlangte Dienstleistungen (z.B. Universitäten),
- 14 Mittelzentren, die den Bedarf an qualifizierten und gehobenen Gütern und Dienstleistungen für Menschen aus dem Umland abdecken,
- 12 Unter- und 29 Kleinzentren.

## Regionalplanung in der Region Stuttgart<sup>38</sup>



Wie sieht nun die Gliederung innerhalb einer Stadt aus, was bedeutet "Zentrum" in Stadt und Stadtteil? Bei der heutigen Bestimmung dieses Begriffs hat der Handel und insgesamt der tertiäre Sektor eine Leitfunktion. Unter Zentrum versteht man zunächst einmal "die in engerer räumlicher Zuordnung angeordneten Einrichtungen zur Versorgung der Bevölkerung und der Betriebe mit Waren und Diensten für ein Versorgungsgebiet. Das Zentrum definiert sich also durch seine Peripherie und durch seine Lage in einem Feld von weniger hervorgehobenen und bedeutsamen Umgebungen... Zentrum hat also zuerst mehr mit der geographischen Lage und danach erst etwas mit dem Inhalt zu tun. Hingegen enthält der Begriff des Stadt- oder Stadtteilzentrums traditionell immer die ökonomischen, kulturellen, symbolischen und administrativen Inhalte". Zentren bilden "Verdich-

<sup>38</sup> Verband Region Stuttgart (s. Anm. 29), S.12



tungen" verschiedener Art: von Materie (Baumasse, Dichte, Höhe), von Funktionen, von Bedeutungen, sie sind Bezugspunkte der Stadtbevölkerung. Sie existieren "wegen der wege- und zeitsparenden Beschaffungsvorgänge, die man in ihnen tätigen kann" und "sind zugleich Informationsspeicher für einen bestimmten Raum". "Multifunktionale Zentren, die sich über Jahrzehnte oder Jahrhunderte entwickelt haben, haben häufig einen kulturellen und ökonomischen Bedeutungsüberschuss, der sich aus Funktionsmischung und Beziehungsdichte bildet. Sie haben ein 'Milieu', versammeln ganz unterschiedliche Schichten, die Bewohner verschiedener Stadtteile, Einheimische und Fremde an einem Ort. Zu guten Zentren gehören ästhetische Vielfalt, Zeugnisse, die die Geschichte der Stadt repräsentieren, aber auch aktuelle Widersprüche und Probleme. Besonders solche zentralen Bereiche unterliegen einem dauernden Wandel. Die Durchsetzungsfähigkeit ökonomischer Macht und zu radikale Problemlösungsmodelle von Planern und Politikern können dieses Milieu gefährden, zu dem auch Nischen für nicht so starke Funktionen gehören"<sup>39</sup>.

Eine vorgeschlagene Zentrenstruktur für eine Großstadttagglomeration kommt zu folgenden Größen (EW: Einwohner, EZB: Einzugsbereich):

- A Zentren: City, über 1 Mio. EW
- B Zentren: Bezirks- oder Bereichszentren
  - B1: 100-200 000 EW
  - B2: Unterentwickelte Bezirkszentren
- C Zentren: Stadtteilzentren
  - C1: 30- 55 000 EW, EZB 800m
  - C2: Zentren mit Teilausstattung
  - C3 Unterentwickelte Stadtteilzentren
- D Zentren: Quartierszentren
  - D1: Quartierszentrum mit Stadtteilfunktion EZB 600 m
  - D2: Quartierszentren (6000 – 9500 EW)
  - D3: Unterentwickelte Quartierszentren
- E: Zentren: Ladengruppen 1000-2500 EW, EZB 200-350 m<sup>40</sup>.

Empfehlungen für ein Zentrengerüst für mittlere Städte sehen vor<sup>41</sup>:

	EW in 1000	Fußwegdistanz in Minuten
A Haupt-Regionalzentrum	100	30
B Gebiets- und Bezirkszentrum	70-100	20
C Stadtteilzentrum	25-50	15
D D1 Stadtviertel-Zentrum	10-20	12
D2 Nebenzentrum	5-7	8

<sup>39</sup> Gerhard Curdes (1997): Stadtstruktur und Stadtgestaltung. Stuttgart/ Berlin/ Köln, S. 183ff

<sup>40</sup> Keppel (1979), zit. nach Curdes (s. Anm. 39), S. 189

<sup>41</sup> Aminde/Nicolai/ Wallbrecht (1983), S.92f, zit. nach Curdes (s. Anm. 39), S.189

Wohnnahe Ladengruppe      2-3                      5

Für den Handel sind die Lagen im Detail klassifiziert:

- 1a Hauptgeschäftsstraßen
- 1b an Hauptgeschäftsstraßen angrenzende Straßen
- 1c Nebenstraßen<sup>42</sup>.

---

<sup>42</sup> Curdes (s. Anm. 39), S. 186, 189

## 2.4. Neue Ordnungsmuster?

### Zwischenstadt und Netzstadt

Solche idealtypischen räumlichen Gliederungen werden derzeit nicht nur – siehe oben und weiter unten – von der Siedlungsentwicklung weitgehend konterkariert, sondern als hierarchische Ordnungsmuster auch grundsätzlich in Frage gestellt. Man konstatiert eine allgemeine "Einebnung des Zentralitätsgefälles zwischen Kern und Peripherie"<sup>43</sup>. Thomas Sieverts plädiert dafür, den bisher als "Siedlungsbrei", "Zersiedlung" etc. bezeichneten suburbanen Raum als "Zwischenstadt" überhaupt erst zur Kenntnis zu nehmen, aber auch als "Feld metropolitaner Kultur" als neue Aufgabe zu begreifen<sup>44</sup>. Das klassische hierarchische System der Städte, das dem "Bild einer geordneten *formierten* Gesellschaft, passend zu den ebenfalls hierarchisch geordneten Verwaltungsstrukturen" entspreche, habe sich weitgehend aufgelöst und in neuen Strukturen geordnet: "das Städtesystem ist ... als ein Halbverband, als ein Netz mit Knotenpunkten zu interpretieren. In einem solchen Netz können idealtypisch alle Teile gleichberechtigt sein, es herrscht im Prinzip keine Hierarchie mehr: Jeder Teil der Stadt kann bestimmte zentrale, d.h. nur einmalig oder zumindest nicht ubiquitär auftretende Aufgaben übernehmen, in anderer Hinsicht aber durchaus ubiquitäre Eigenschaften behalten"<sup>45</sup>. Es gelte, in der engmaschigen Durchdringung von Freiraum und Siedlung in der Stadtregion "eine moderne Netzstruktur zu erkennen und damit sich eröffnende neue Muster der Ordnung, die unserer pluralistisch-demokratischen Gesellschaft angemessener sind als alte Zentrenmuster"<sup>46</sup>.

Der amerikanische Stadtforscher Robert Fishman begreift den Typus der neuen amerikanischen Stadt als "räumliche Überlagerung von Produktions-, Haushalts- und Verbrauchsnetzen". Als Netzstadt werden nicht mehr "einzelne Stadt-Umland-Regionen beschrieben, sondern ganze Agglomerationsräume bzw. Konurbationen"<sup>47</sup>.

Dieses Ordnungsprinzip ist durchaus umstritten. Es wird nicht nur der Begriff "Stadt" (bis hin zur Bedeutungslosigkeit?) extrem ausgeweitet, sondern auch "die herkömmliche Problemsicht der 'Zersiedelung' der Landschaft positiv gewendet und als neue Gestalt der Stadtregion interpretiert". Die Bedeutung von Stadt, die Eindämmung des

---

<sup>43</sup> Johann Jessen, zit. nach Manfred Kühn (2001): Planungsmodelle stadtreionaler Siedlungsstrukturen: zwischen Netzstadt und Kernstadt, Kooperation und Hierarchie. In: IRS aktuell Nr. 30 (Januar 2001), S. 3f, hier: S.3

<sup>44</sup> Thomas Sieverts (2000): Die 'Zwischenstadt' als Feld metropolitaner Kultur – eine neue Aufgabe. In: Ursula Keller (Hrsg.): Perspektiven metropolitaner Kultur. Frankfurt am Main, S. 193-224

<sup>45</sup> a.a.O., S.200

<sup>46</sup> zit. nach Kühn (s. Anm. 43), S. 3

<sup>47</sup> a.a.O.

Flächenverbrauchs, die Neudefinition des Verhältnisses zwischen Innen- und Außenentwicklung bleiben als Diskussionspunkte bestehen. Selbst Sieverts plädiert im Prinzip für Dichte und Nutzungsmischung und eine Planung der Stadtregion ohne Zuwachs.

Noch wörtlicher werden die "Netze" genommen, wenn man die Zukunft des Städtischen in der "Telepolis" sieht, bei der die Menschen in den überall gleichen Siedlungen "angeschlossen an die Urbanität durch die Technologien der Telekommunikationsmittel" sind<sup>48</sup>.

---

<sup>48</sup> Florian Rötzer (2000): Telepolis: Abschied von der Stadt. In: Keller (s. Anm. 44), S. 16-36. Hier: S.31

## Global Cities

"Der Standort Stadt hat ausgedient – so eine gängige These der neueren Wirtschaftstheorie. Wenn die ganze Welt zum global village wird, spielt es keine Rolle mehr, wo sich die Multimedia-Industrien ansiedeln.

Saskia Sassen zeigt, dass davon keine Rede sein kann. Die führenden Wirtschaftssektoren – das Finanz- und das hochspezialisierte Dienstleistungsgewerbe – konzentrieren sich wesentlich in den größten Städten der Welt. Diese global cities fungieren als Steuerungs- und Kontrollzentralen der über den ganzen Globus verteilten Wirtschaftsaktivitäten. Gerade die fortschreitende Zersplitterung der Produktionsprozesse bedarf zentralisierter Managementfunktionen, und diese Funktionen brauchen einen konkreten Standort: die Stadt<sup>49</sup>.

Die wichtigsten Entwicklungen der Weltwirtschaft fasst die amerikanische Stadtsoziologin Saskia Sassen in drei Thesen zusammen:

- "Die territoriale Streuung der wirtschaftlichen Unternehmungen, wovon die Globalisierung eine Form darstellt, fördert das Wachstum zentralisierter Funktionen und Abläufe".
- "Zentralisierte Kontrolle und zentrales Management zahlreicher geographisch gestreuter wirtschaftlicher Unternehmungen ergeben sich nicht automatisch als Teil eines 'Weltsystems'. Sie erfordern die Produktion einer ganzen Reihe hochspezialisierter Dienstleistungen, eine umfassende Telekommunikationsinfrastruktur sowie produktionsbezogene Dienstleistungen".
- "Die wirtschaftliche Globalisierung trug zur Entwicklung einer neuen Geographie von Zentralität und Marginalität bei" – *global cities* als Ort ungeheurer Machtkonzentration bei gleichzeitigem Niedergang bisheriger Standorte<sup>50</sup>. "Die Kluft wird tiefer"<sup>51</sup> - zwischen den Städten, aber auch innerhalb der Städte zwischen den Wohlhabenden und den Armen.

Auch die *global cities* können nicht existieren ohne den ganzen Komplex der informellen Wirtschaft, ohne schlechtbezahlte Jobs, Müllmänner, Reinigungsfrauen, Hausgehilfen – aber auch ohne den informellen Kontakt in der Geschäftswelt, die wichtigen Informationen, die man bei persönlichen Begegnungen "nebenbei" erhält, die Möglichkeit, sich mal eben zum Mittagessen zu treffen: also ohne den konkreten Ort und die reale Begegnung mit leibhaftigen Menschen.

---

<sup>49</sup> Saskia Sassen (1994): Metropolen des Weltmarkts. Die neue Rolle der Global Cities. Frankfurt/New York. Hier: Klappentext des Verlages

<sup>50</sup> a.a.O., S. 161f

<sup>51</sup> a.a.O., S. 156

## 2.5. Zusammenfassung: Entwicklungstendenzen und Fragen

Zusammenfassend lassen sich bei der räumlichen Entwicklung der Städte ganz unterschiedliche Entwicklungstendenzen ausmachen:

- die "schrumpfende Stadt" mit rückläufigen Bevölkerungszahlen und Arbeitsplätzen vor allem in den Kernstädten,
- die "Dreiteilung der Stadt" in die international wettbewerbsfähige Stadt, die Wohn-, Freizeit- und Arbeitsstadt der Mittelschicht, die Stadt der Randgruppen,
- die "untergehende Stadt" angesichts der Bedrohung der natürlichen Ressourcen, der Zersiedelung, der Funktionsverluste der Zentren, der fehlenden kommunalen Finanzen<sup>52</sup>,
- die "Boomtown" angesichts der Nachfrage nach zentralen Standorten durch nationale und internationale Investoren, Konzentrationen im Büro- und Dienstleistungsbereich in den Stadtzentren, Nachfrage nach Wohnungsneubauf Flächen angesichts von Wanderungsbewegungen<sup>53</sup>.

Es handelt sich hierbei um unterschiedliche Entwicklungspfade, die einander nicht ausschließen, sondern sich überlagern. Noch offen ist die Frage nach einer Stadt mit Zukunft.

Auch an dieser Stelle seien wieder einige Fragen festgehalten:

- Was bedeuten die zunehmende räumliche Ausweitung und Dispersion der Siedlungen für die Stadtteile und die Stadtteilbüchereien?
- Wie prägt die Entstehungsgeschichte, das städtebauliche Konzept des Stadtteils Ort und Funktion der Stadtteilbüchereien?
- Welches Ordnungsmuster erscheint für die Aufgabenteilung zwischen zentralen und dezentralen Einrichtungen angemessen – ein hierarchisches, ein netzwerkartiges oder ein noch anderes?
- Welche Bedeutung haben räumliche Nähe und persönlicher Kontakt angesichts der fast unbeschränkten Möglichkeiten medial vermittelter Kommunikation?

---

<sup>52</sup> s. auch die bereits zitierten Untergangsszenarien von Rötzer, Sieverts u.a.

<sup>53</sup> Bose (s. Anm. 21), S. 35 f

### **3. Stadt(teil)leben - Mischung und Entmischung**

Als besondere Qualitäten vitaler Städte und Stadtteile gelten soziale und funktionale Vielfalt und Mischung: Ihre Eigenschaft, ganz unterschiedliche Menschen und Nutzungen auf überschaubarem Raum zu versammeln. Auch hierbei gibt es derzeit große Veränderungen. Wie entwickeln sich Wohnen, Arbeiten, Versorgung, Freizeit und ihre Beziehung zu einander? Und wie entwickelt sich das Zusammenleben?

#### **3.1. Wohnen, Arbeiten, Versorgung, Freizeit**

##### **Wohnen und Lebensformen**

Wie sich die Lebensformen verändert haben und weiterhin ändern, machen einige Zahlen zur Entwicklung des Wohnungsbestandes in Baden-Württemberg deutlich:

Landesweit ist die durchschnittliche Haushaltsgröße von 2,4 Personen im Jahr 1987 auf 2,2 Personen im Jahr 1999 gefallen. Die Zahl der Haushalte hat sich im selben Zeitraum von rund 3,9 auf rund 4,8 Mio. erhöht, dies entspricht einem Anstieg von 22 Prozent (bei einem Bevölkerungswachstum in diesem Zeitraum von nur 12 Prozent). Im Jahr 1968 kamen auf eine Wohnung noch durchschnittlich 3,2 Personen, im Jahr 1999 für noch 2,2 Personen.

Von den Wohnungen befinden sich 48,4 Prozent in Mehrfamilienhäusern und 49,2 Prozent in Eigenheimen. Stark angestiegen ist insbesondere die Zahl der Ein-, Zwei- und Dreizimmerwohnungen, aber auch die der Wohnungen mit sechs Zimmern und mehr. Die mittlere Wohnfläche pro Wohnung hat sich von 70,2 m<sup>2</sup> im Jahr 1968 auf 89,8 m<sup>2</sup> im Jahr erhöht.

Standen jedem Bewohner im Jahr 1968 noch durchschnittlich 26,0 m<sup>2</sup> Wohnfläche bzw. 1,4 Räume zur Verfügung, so waren es 1999 40,2 m<sup>2</sup> Wohnfläche bzw. 2,0 Räume.

Der Anteil der Eigenheime (Ein- und Zweifamilienhäuser) streut in regionaler Hinsicht sehr stark: Er liegt in Baden-Württemberg zwischen fast 76 Prozent im Neckar-Odenwald-Kreis und knapp 17 Prozent im

Stadtkreis Stuttgart, in den angrenzenden Landkreisen Böblingen, Esslingen, Rems-Murr und Ludwigsburg zwischen 40 und 50 Prozent<sup>54</sup>.

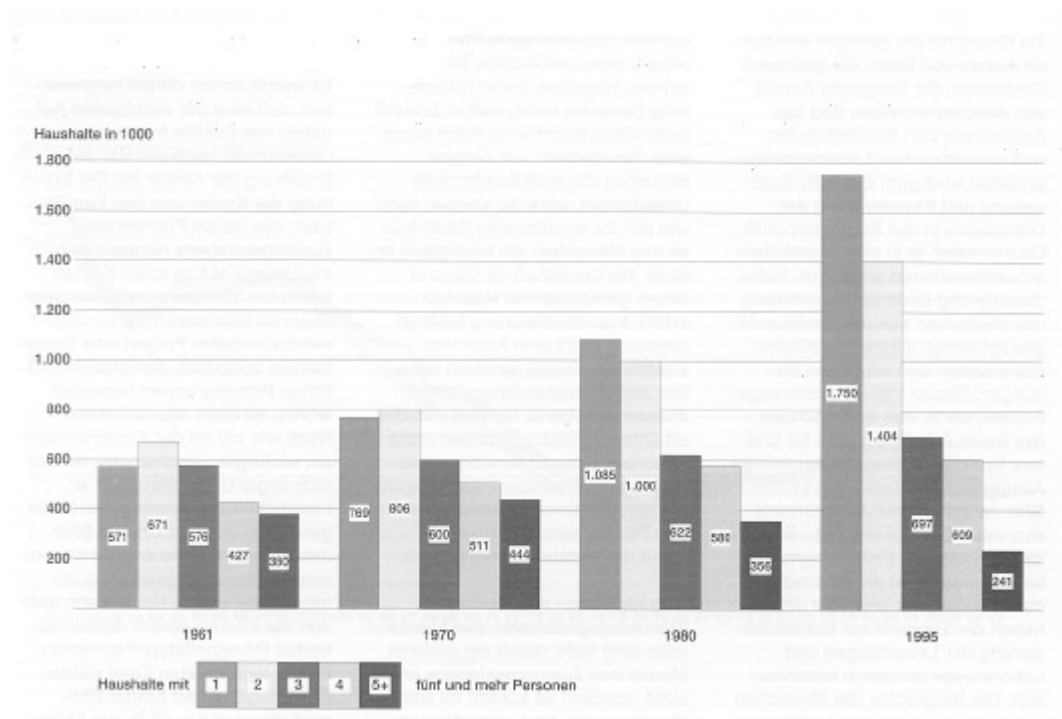
Auch aus diesen Zahlen werden Trends deutlich, die bereits für die Siedlungsentwicklung beschrieben wurden: Es wird mehr Fläche in Anspruch genommen. Zwischen Kernstädten, ihrem Umland und ländlichen Regionen gibt es deutliche Unterschiede, hier hinsichtlich der Wohn- und Eigentumsformen. Und es gibt mehr und im Durchschnitt kleinere Haushalte.

---

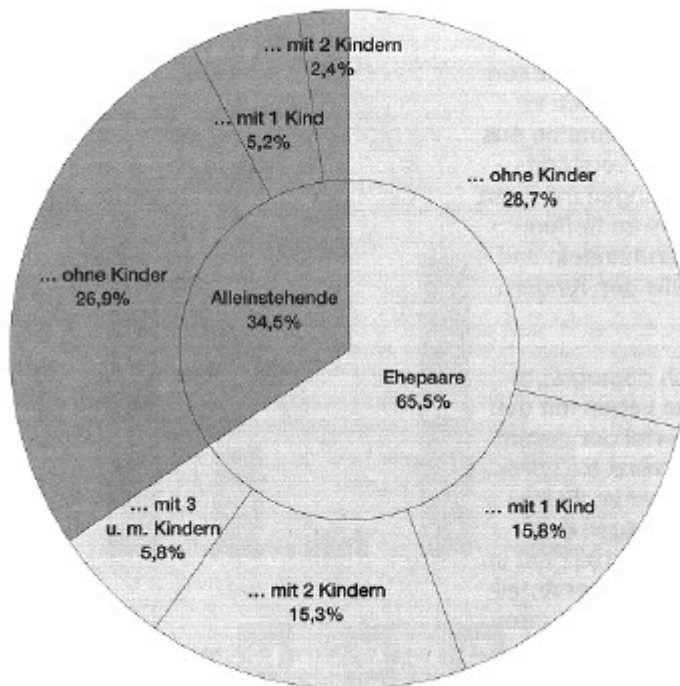
<sup>54</sup> Stefan Weil (2000): Wohnungsbau in Baden-Württemberg im 1. Quartal 2000. In: IAW-Wohnungsmonitor Baden-Württemberg 3/2000, S. 4-7. Wohnungsbestand in Baden-Württemberg 1999/2000, a.a.O., S. 8-13



### Haushalte in Baden-Württemberg<sup>55</sup>



### Familienstrukturen in Baden-Württemberg<sup>56</sup>



<sup>55</sup> Berner (s. Anm. 2), S. 32

<sup>56</sup> Berner (s. Anm. 2), S. 34

Die gestiegene Wohnfläche ist auch ein Indiz für die "Verhäuslichung" und "Familiärisierung" des Alltagslebens: Insbesondere Familien mit kleinen Kindern verbringen mehr Zeit zuhause, auch soziale Kontakte finden verstärkt in der eigenen Wohnung statt.

Aufgrund demographischer Veränderungen ist auch bei Familien der Zeitabschnitt, der mit Kindern verbracht wird, im Verhältnis zur Lebenszeit kürzer geworden; er macht nur noch ein Viertel der Lebenszeit aus. Dennoch leben volljährige Kinder länger im Elternhaus als noch vor einigen Jahrzehnten (bei den 24-Jährigen waren es 1972 26 Prozent, 1992 41 Prozent). Wenn sie ausziehen, wird nicht gleich geheiratet, sondern es hat sich eine Zwischenphase zwischen Leben im Elternhaus und Eheschließung herausgebildet.

Insgesamt ist eine Pluralisierung der Lebensformen zu verzeichnen: Dazu gehören nicht nur die wachsende Zahl Alleinlebender und Alleinerziehender, sondern auch nichteheliche Lebensgemeinschaften, binukleare Familien (bei denen die Kinder nach der Scheidung der Eltern abwechselnd bei einem der beiden Elternteile sind) oder Commuter-Ehen, bei denen die Partner an unterschiedlichen Orten arbeiten und wohnen und nur zeitweise zusammenleben. Die unterschiedlichen Lebensformen existieren nicht nur in der Gesellschaft neben einander, sondern auch im Verlauf einer Biographie wird zwischen unterschiedlichen Formen gewechselt<sup>57</sup>.

Dadurch werden auch wieder anpassungsfähige Formen des Wohnens wichtig. "Bei den Bewohnern sind es verschiedene Bevölkerungsgruppen, die die Lebendigkeit und Vielfalt gemischter Quartiere suchen und ihre Wohnbedürfnisse in einem gemischten Quartier besser befriedigen können als an einem monofunktionalen Standort im Grünen. Dabei spielt die gute fußläufige Erreichbarkeit vielfältiger Angebote eine wichtige Rolle. Zu diesen Bevölkerungsgruppen gehören u.a. erlebnisorientierte Singles und Alleinerziehende, oft aber auch ältere, an einer unabhängigen Lebensführung interessierte Menschen"<sup>58</sup>.

---

<sup>57</sup> Berner (s. Anm. 2)

<sup>58</sup> Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2000): Nutzungsmischung im Städtebau. Endbericht. Bearbeitung: Bernd Breuer, Wolfgang Müller, Claus-Christian Wiegandt. Werkstatt: Praxis Nr. 2/2000. Bonn, S.13

## Arbeiten

Schon in der frühen Phase der Industrialisierung begann der Auszug der Arbeit aus dem Stadtteil; das Alltagsleben wurde in die Daseinsfunktionen Wohnen – Arbeiten – Versorgung – Erholung – Fortbewegung unterteilt. Diese Trennung geht von einem Bild der modernen Freizeitgesellschaft aus, in dem das Wohnen als eigenständige Funktion definiert und ausschließlich mit Erholung und Freizeit verknüpft wird (auch wenn die Wohnung weiterhin Ort der Reproduktions- und Subsistenzarbeit war), während die Arbeit zu klar definierten Zeiten an anderen Orten stattfand. Erst in diesem Zusammenhang wurde – beginnend mit dem Mietwohnungsbau der Gründerzeit – der Wohnungsbau zu einem bedeutsamen Gegenstand von Städtebau und Architektur. Seither prägte die Trennung des Arbeitens – in Fabriken, Gewerbebetrieben, Handel u.a. – vom Wohnen zunehmend die Stadtentwicklung.

Das Arbeiten hat sich zunehmend in die Fläche verlagert. Zum einen werden die Entfernungen zum Wohnort größer – vom Gewerbe- und Industriegebiet auf eigenem Gelände, aber innerhalb der Stadt, zum Gewerbepark auf der "grünen Wiese". Zum anderen nehmen großflächige Nutzungen zu. Der Flächenverbrauch für Arbeitsstätten – Handel, Dienstleistungen, öffentliche Verwaltung, Industrie, Gewerbe und zugehörige Betriebsflächen – ist noch weit stärker angestiegen als derjenige für Verkehrs- und Wohnbauflächen<sup>59</sup>.

Wirtschaftsförderung konzentrierte sich demzufolge lange Zeit auf die "harten Standortfaktoren", vor allem die Bereitstellung größerer Flächen und deren verkehrliche Erschließung. In den vergangenen Jahren gewinnen aber zunehmend auch die "weichen Standortfaktoren" an Bedeutung: die Qualifikation der Arbeitskräfte, Wohnungsangebot und Wohnumfeld, das schulische und kulturelle Angebot, Umweltqualität, gesundheitliche Versorgung, Freizeitwert und insgesamt die Lebensqualität eines Ortes sind mit ausschlaggebend für die Standortwahl eines Unternehmens.

"Arbeit, Erholung und Begegnung werden sich vermischen – ein Prozess, der in den Entwicklungszonen heutiger Städte bereits stattfindet. ... Umfragen zeigten, dass eines der Hauptkriterien der Standortwahl von High-Tech-Unternehmen sei, dass sich die hoch qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 'wohl fühlen'. Deswegen sind 'weiche' Standortfaktoren wie Biergärten, Boutiquen, Kunstgalerien und Theater ebenso wichtig wie Glasfaseranschlüsse und die Nähe zur Universität"<sup>60</sup>.

---

<sup>59</sup> BBR (s. Anm. 6), S. 39

<sup>60</sup> Emil Zopfi: Nur Stammtische werden überleben. Informationstechnologie und die Zukunft der Stadt. In: NZZ 6.10.2000

Ist dies noch überwiegend aus der Perspektive größerer Unternehmen gedacht, so verdienen (und erhalten) in den letzten Jahren verstärkt auch kleine, mittlere und neue Unternehmen Aufmerksamkeit. Dies steht in Zusammenhang mit einem grundlegenden Wandel der Arbeitswelt:

- der Rückgang der Arbeit in der Produktion und das Wachsen des Dienstleistungsbereichs – gerade in diesem Bereich werden noch unausgeschöpfte Wachstumspotenziale gesehen (u.a. distributive Dienste wie Handel, Wartung, Reparatur, wirtschaftsnahe Dienste wie Beratung, Werbung, Planung, Leasing, freizeitbezogene Dienste wie Gastronomie, Sport, Erholung, Kultur, soziale Dienste/Erziehung, z.B. Unterricht, Medien, Gesundheit)<sup>61</sup>,
- die "Erosion des Normarbeitsverhältnisses" und der Anstieg von geringfügig Beschäftigten, Teilzeitarbeit, neuen Formen der Selbständigkeit (auch "abhängig Selbständige", die wirtschaftlich und sozial in arbeitnehmerähnlicher Weise von einem Arbeitgeber abhängig, aber für ihre Arbeitsleistung weitgehend selbst verantwortlich sind), damit auch eine Auflösung der bisherigen festen Arbeitsorte und -zeiten,
- die Zunahme der Frauenerwerbsquote (die in Deutschland mit 61,8 Prozent immer noch weitaus niedriger liegt als etwa in Dänemark, den USA, Großbritannien und Japan)<sup>62</sup>,
- zunehmende Möglichkeiten der Telearbeit und der Arbeit zuhause (1996 arbeiteten bereits mehr als die Hälfte der 3,4 Millionen Selbständigen hauptsächlich oder manchmal zuhause<sup>63</sup>),
- neue Formen der Arbeitsorganisation, die eine schnellere Anpassung an den sich verändernden Markt erlauben sollen (flexible, "schlanke", "flache" Hierarchien, Team- und Projektorganisation im Gegensatz zur stark vertikal strukturierten arbeitsteiligen Organisation der Industriearbeit), *outsourcing* als Auslagerung von Fertigungs- und Dienstleistungsfunktionen, *networking* als Aufbau zwischenbetrieblicher Zulieferer- und Kooperationsnetzwerke,
- Beschäftigtenzuwächse besonders bei den kleineren und mittleren Unternehmen (am größten bei den Unternehmen mit 10 bis 19 Beschäftigten, es folgen diejenigen mit 50-99 und 20-49 Beschäftigten; 1987 hatten 93,3 Prozent der Unternehmen unter 20 Beschäftigte und machten gut ein Drittel aller Arbeitsplätze aus<sup>64</sup>).

---

<sup>61</sup> DER SPIEGEL 19/1999, S.39

<sup>62</sup> a.a.O., S. 38

<sup>63</sup> Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Sozialpolitische Umschau 493/1997 (13.10.1997)

<sup>64</sup> Heike Bartenbach (1999): Macht Arbeiten im Mischgebiet mehr Spaß? Strukturwandel der Wirtschaft und neue Anforderungen an Gewerbestandorte: Nutzungsmischung als integratives Umfeld für kleine und mittlere Unternehmen. Untersucht am Beispiel Gewerbesiedlung im Französischen Viertel in Tübingen. Diplomarbeit am geographischen Institut der Universität Tübingen, S.24f

Das herkömmliche Gewerbegebiet weit draußen passt hier nicht mehr. Stadt und Stadtteil bekommen damit eine neue Bedeutung: die Nähe zum Wohnen (der eigenen Wohnung, Bewohnern als Kundschaft und Beschäftigte), zu anderen Betrieben, öffentlichen Dienstleistern, die Qualität des Umfelds. Viele der derzeit interessantesten wirtschaftlichen Aktivitäten sind nicht nur mit einem städtischen Umfeld verträglich, sondern darauf geradezu angewiesen.

"Durch die turbulenten Marktverhältnisse und instabilen Währungssysteme einer globalisierten Ökonomie sowie den Trend zu immer komplexeren Produkten und kürzeren Innovationszyklen wird die Möglichkeit der Einbettung von Produktions- und Dienstleistungsfunktionen in regionale Kooperationsnetzwerke zu einer wichtigen Voraussetzung für die Innovations- und Anpassungsfähigkeiten von Unternehmen. Die Orientierung auf die Region steht somit nicht im Gegensatz zur Globalisierung, sondern heißt Rückbesinnung auf die regionalen Potentiale zur Bewältigung der globalen Herausforderungen.

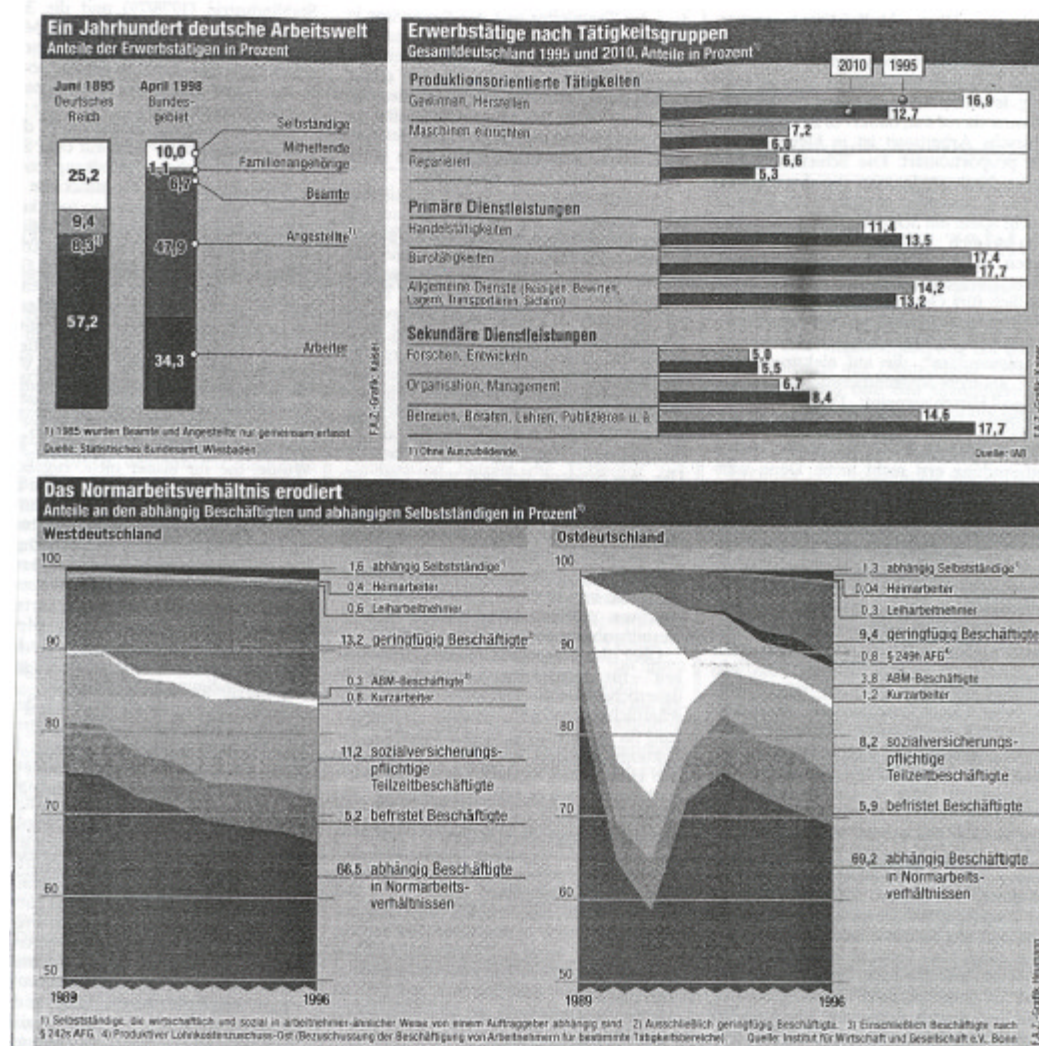
... Die Stadt beziehungsweise die Stadtregion ist somit nicht nur Standort, sondern vor allem sozialökonomisches Wirkungsfeld und räumliches Kooperations- und Innovationsmilieu für die ansässigen oder anzusiedelnden Betriebe sowie ein Kommunikations-, Lern- und Handlungssystem für die verschiedenen städtischen Akteure"<sup>65</sup>.

### **Veränderung der Arbeitswelt<sup>66</sup>**

---

<sup>65</sup> Dieter Läßle (1996): Ökonomische Perspektiven der Städte. Zwischen Globalisierung und Lokalisierung. In: Die Alte Stadt 2/1996, S. 128-140. Hier: S. 136

<sup>66</sup> FAZ 15.12.1999



Eine bislang wenig beachtete Teilökonomie bilden die Stadtteil- und Quartiersbetriebe, "Dienstleistungen und Handwerksbetriebe, die stark lokal eingebunden sind durch örtlichen Absatz, den Wohnsitz der Erwerbstätigen oder den bestehenden preisgünstigen Gewerberaum. Zu den Stadtteil- und Quartiersbetrieben zählen u.a. Teile des Einzelhandels, des Gesundheitswesens, der Gastronomie und des produzierenden bzw. reparierenden Gewerbes. Diese Betriebe sind zum überwiegenden Teil auf lokale Bedürfnisse des Lebensalltags ausgerichtet und prägen in hohem Maße die urbane Qualität des jeweiligen Stadtteils. Die meisten dieser Betriebe sind bereits lange in den einzelnen Quartieren ansässig und verfügen oftmals über langjährige Kundenbeziehungen"<sup>67</sup>.

Auch Existenzgründer zeigen eine große Ortsverbundenheit, nach einer Umfrage haben 1992 fast drei Viertel ihr Unternehmen an ihrem Wohnort angesiedelt<sup>68</sup>. Gerade im Dienstleistungsbereich, auch

<sup>67</sup> a.a.O., S. 139, in Hamburg ist diese Teilökonomie nach Läßle mit 15,6 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten eine der größten Teilökonomien der städtischen Wirtschaft

<sup>68</sup> Bartenbach (s. Anm. 64), S. 19

in Handel und Handwerk gibt es ein zunehmendes Interesse an urbanen Standorten<sup>69</sup>. Bisher finden sich diese überwiegend in schon vorher gemischt genutzten älteren, vor allem gründerzeitlichen Quartieren, die genügend Platz bieten, nicht übermäßig spezialisiert sind (sich somit an individuellen Bedarf anpassen lassen) und in denen die Anwohner an die mit Arbeit verbundene Lebendigkeit im Quartier bereits gewöhnt sind. An neuen Angeboten dezidiert gemischter Quartiere fehlt es noch weitgehend. Wo diese vorhanden sind, besteht eine große Nachfrage<sup>70</sup>.

## Versorgung und Freizeit

Eine besonders dramatische Entwicklung erlebt derzeit der Einzelhandel. Die jahrhundertlang nur wenig veränderte Organisation des Verkaufens erlebte eine qualitative Veränderung schon mit der Einführung des Selbstbedienungsprinzips: Personal wurde durch Fläche ersetzt, der Kunde musste selber tätig werden. Der weitere Rationalisierungsprozess brachte eine zunehmende Konzentration, die Expansion von Handelsgrößformen und den Auszug des Handels aus der Stadt an periphere Standorte. In den 70er und 80er Jahren ging es vor allem um neue Verbrauchermärkte und SB-Warenhäuser mit dem Schwerpunkt Lebensmittel, als Betriebsform der 90er Jahre gelten Fachmärkte im *Non-food*-Bereich, es entstehen Agglomerationen mehrerer Betriebe (Einkaufszentren, *Shopping Center*); als neueste Form macht das *Factory Outlet Center* von sich reden, das die Einzelhandelsspanne insgesamt durch Direktvertrieb einspart.

Kennzeichnend für diese Entwicklung sind:

- ein starkes Anwachsen der Verkaufsfläche (Maßstabssprung),
- große Angebotsbreite bzw. -tiefe,
- Reduzierung von Service (Bedienung, Beratung, Verpackung, Transport) und Personal pro Fläche,
- ökonomische Zentralisierung, Betriebskonzepte mit stringenter Vereinheitlichung ohne lokale Variationsmöglichkeiten (damit auch Anonymisierung der Handelnden, Verlust an lokaler Haftung),
- Beschleunigung der Entwicklung,
- Ersatz von Warenbestand durch Warenbewegung und von Kundennähe durch privaten (motorisierten) Einkaufsverkehr,
- verstärkte Standortkonkurrenz zwischen den Kommunen,
- Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien zur innerbetrieblichen Kommunikation, zur Kommunikation mit Marktpartnern und Kunden (Onlineshopping, Teleshopping).

---

<sup>69</sup> BBR (s. Anm. 58), S.13

<sup>70</sup> s. Bartenbach (Anm. 64)

Auf diese Weise kommt es zu einer Polarisierung der räumlichen Angebotsstruktur. Neben dem traditionellen Versorgungsnetz in Zentren und Stadtteilen entsteht ein eigenes, weitgehend unabhängiges sekundäres Netz aus Märkten und Einkaufszentren an der Peripherie, das fast ausschließlich autoorientiert ist und eine eigene Dynamik entwickelt: Die neuen Zentren können durch zusätzliche Angebote zu Kristallisationskernen für eine neue Agglomerationsbildung werden. Mega-Malls mit weitreichenden Einzugsgebieten sorgen für ein weiteres Wachstum des Autoverkehrs. Durch Freizeitzentren mit Handelssegmenten und Einkaufszentren als Freizeitangebot wachsen die Funktionen Einkaufen und Freizeit zusammen. Mit einer gewissen Größe und Funktionsvielfalt haben die neuen Zentren eine starke Innenorientierung, sind vom Umfeld losgelöst, architektonisch und funktional nach innen inszeniert <sup>71</sup>.

Eine Entwicklung zu großflächigen Lösungen in neuen Maßstäben an peripheren Standorten ist auch im Bereich von Kultur und Freizeit zu verzeichnen (Multiplex-Kinos, Musicaltheater, Sport- und Freizeitcenter etc.).

### 3.2. Kultureinrichtungen und Stadtteilzentren

Auch die öffentliche Infrastruktur und damit ebenso das Gesicht der Kultureinrichtungen ist von städtebaulichen Funktionsveränderungen und Leitvorstellungen geprägt. Während der Phase der Industrialisierung, der Verstädterung, der ersten Siedlungsexpansion und –erweiterung und dem Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg war sie vor allem durch den Abbau quantitativer Versorgungsdefizite geprägt, der sich am einfachsten durch Neubauten verwirklichen ließ. Die Stadtplanung bediente sich dafür rationaler, quantifizierbarer Kriterien: vor allem Einrichtungsgröße, Einzugsgebiet, Aufwand je Einrichtung. Der Ausbau war überwiegend ressort- und einrichtungsspezifisch, d.h. die Schulplanung nahm kaum Bezug auf die Planung der Kindertageseinrichtungen oder Kultureinrichtungen. Die Spezialisierung und Ausrichtung auf separate Versorgungsnetze wurde in den 60er und 70 Jahren des vergangenen Jahrhunderts durch Zusammenführung in Großeinheiten (wie Schul-, Bildungszentren, Großkrankenhäuser) noch verstärkt.

Bevölkerungsentwicklung (insbesondere der sich abzeichnende Bevölkerungsrückgang), Wertewandel, veränderte Auffassungen der Fachplanungen und die krisenhafte Entwicklung der kommunalen Finanzen führten später zu einer anderen Sichtweise: zu kleineren Einheiten und ortsnäheren Strukturen (etwa bei Alten- und Kinder-

---

<sup>71</sup> nach Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS) (1999): Handel, Dienstleistung und Stadtentwicklung in der Informationsgesellschaft. Entwicklungstrends, Handlungsoptionen und Chancen. Dortmund (darin v.a. die Beiträge von Hatzfeld und Pietschmann)



betreuung), zu "weicheren Übergängen" zwischen den einzelnen Einrichtungen (z.B. Kindergärten und Schule, Verbindung von ambulanter, teilstationärer und stationärer Pflege für Ältere), einer stärkeren Ausrichtung auf die Bedürfnisse vor Ort und mehr Selbstbestimmung durch Beteiligung der Bürger/innen. Auch die Krise der kommunalen Finanzen war ein Argument für den Vorrang der Bestandsentwicklung statt einer rein quantitativen Erweiterung anhand normativer Richtwerte<sup>72</sup>. Teilweise wurden die bisherigen Fachgrenzen überschritten, zum Beispiel zwischen Sozialem und Kultur durch soziokulturelle Ein- und Ausrichtungen oder die Zusammenfassung unterschiedlicher Einrichtungen in Bürgerzentren oder Bürgerhäusern, die seither eine Renaissance erlebten<sup>73</sup>.

Während sich angesichts der Möglichkeiten und Erfolge einer umfassenden Stadtentwicklungsplanung eine gewisse Resignation einstellte, herrschte doch noch eine optimistische Auffassung von Planung vor: Diese sollte aktiv und nicht nur reaktiv sein, nicht nur auf die räumliche, sondern fachübergreifend auch auf die ökologische, kulturelle, soziale und wirtschaftliche Entwicklung zielen, nicht nur einmalig, sondern ein kontinuierlicher Änderungsprozess, nicht nur formal-quantitativ, sondern bestimmt durch Inhalte, nicht obrigkeitlich sein, sondern Partizipation ermöglichen. Ein Beispiel für diesen Planungsoptimismus der 80er Jahre ist die folgende "Ausstattungs- und Programmplanung für Stadtteile", zu der auch Stadtteilbüchereien gehören. Versorgungsbereiche definieren, wie viele Einwohner von einer Einrichtung versorgt werden können (anhand ihrer Kapazitäten und von Zielwerten pro Einwohner), Einzugsbereiche werden unter Annahme einer zumutbaren Gehentfernung gebildet<sup>74</sup>.

### **Modell der Zentren und soziale Infrastruktur<sup>75</sup>**

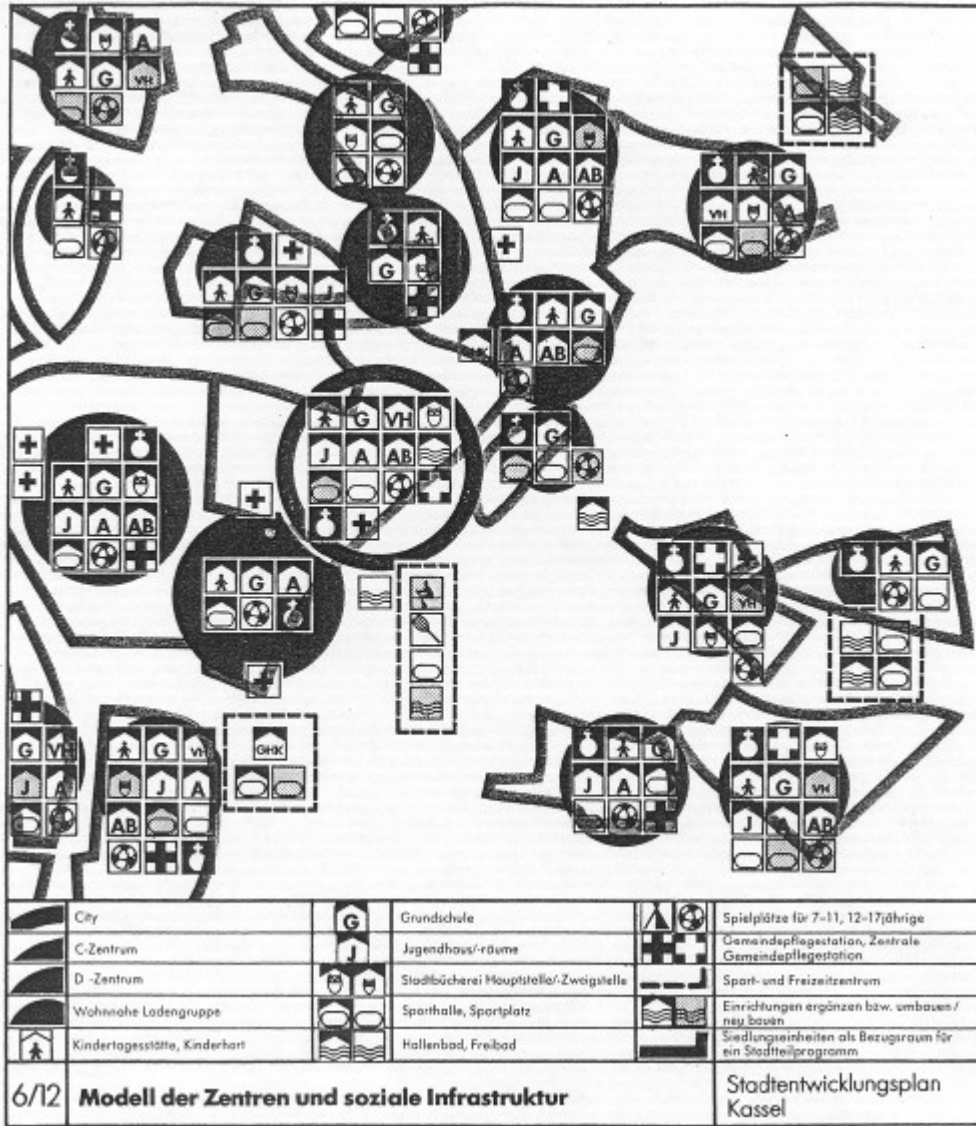
---

<sup>72</sup> Rainer Winkel (1990): Veränderungen der öffentlichen Infrastruktur – neue Anforderungen an die Stadt- und Regionalplanung. In: NDV 11/1990, S. 371-377

<sup>73</sup> Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS) (1992): Bürgerhäuser für morgen. Zentren der sozialen, kulturellen und ökologischen Innovationen. Ein Ideenbuch. Dortmund.

<sup>74</sup> Hans-Joachim Aminde / Manfred Nicolai / Wilfried Wallbrecht (1983): Ausstattungs- und Programmplanung für Stadtteile. Dargestellt am Beispiel eines städtebaulichen Entwicklungskonzepts. Stuttgart

<sup>75</sup> a.a.O., S. 61



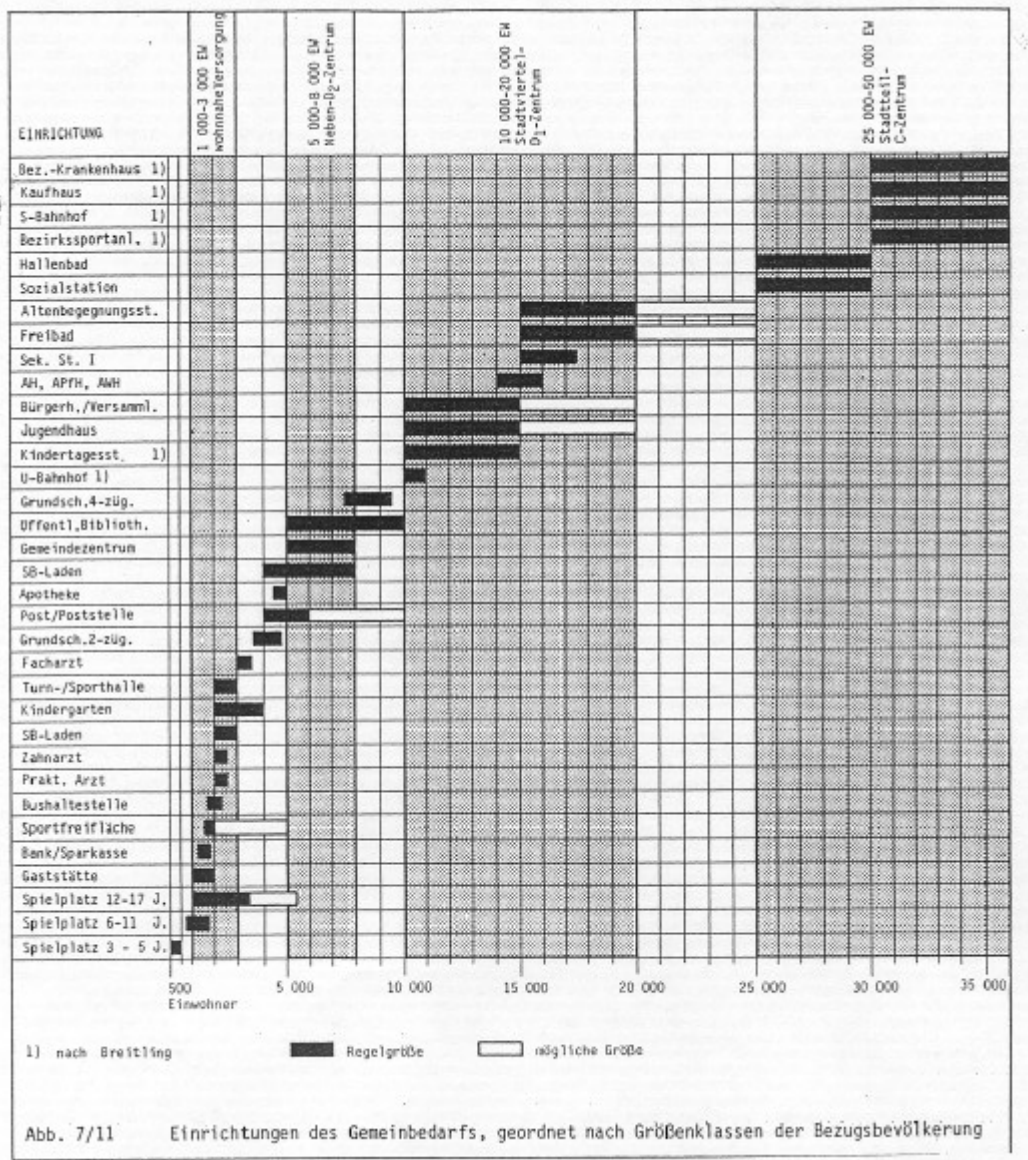
**Einrichtungen**

**de**

**Gemeinbe-**



Q



Für öffentliche Bibliotheken wird definiert:

"Aufgaben und Ziele

- Bereitstellung von 4/orm[ationen für die Bevölkerung; Sammeln, Erschließen, Bereitstellen, Vermitteln von verschiedenen Medien, vor allem Büchern und Zeitschriften (KOMMUNALE GEMEINSCHAFTSSTELLE FÜR VERWÆTUNGIVEREINFACÜUNG, 1973).
- Möglichkeiten zur außerschulischen Bildung, Weiterbildung und Freizeitgestaltung (BEIRAT FÜR RAUMORDNUNG, 1976).
- Unterstützung von Schulen, Kultur- und Sozial- ein ichtungen#(KOMMh+ALE GEMEINSCHAFTSSTELLE FÜR VERWALTUNGSVEREINFACHUNG, 1973).

- Berücksichtigung besonderer Bevölkerungsgruppen wie Kinder, Berufsschüler, Ausländer etc..
- Informationsquelle für j...derma O (im Gegensatz zur wissenschaftlichen Bibliothek).

#### Messeinheit und Bezugsgröße

- Messeinheit sind Bücher bzw. Bände oder Medieneinheiten.
- Bezugsgröße: gesamte Einwohner.
- Mit Hilfe der Bücherzahl können zutreffendere Aussagen über die Versorgung der Bevölkerung gemacht werden, als über Flächengrößen.

#### Einflussfaktoren und Abhängigkeiten

- Gem]indegröße, räumliche Verteilung der Einwohner, Bevölkerungsstruktur (BORCHARD, 1974).
- Organisationsform des Bibliothekssystems wie Zentralbibliothek, Zweigstellen, Fahrbibliothek.
- Für ein ausreichend differenziertes Angebot ist eine bestimmte Einwohnerzahl notwendig; Konflikte zwischen Buchbestand und Erreichbarkeit möglich.

#### Zielgröße und Beurteilungsweise

- Schwankungen zwischen 1-2 Bänden je Einwohner, Vrend zu 2 Bänden (BIBLIOTHEKSPLAN, 1973; KOMMUNALE GEMEINSCHAFTSSTELLE FÜR VERWALTUNGSVEREINFACHUNG, 1973; FORMANEK, HELMS, 1974)
- Ein Band in unmittelbarer Nähe der betroffenen Einwohner, ein weiterer Band in der Zentralbibliothek.
- Grundversorgung ca. 10 000 Bände (BIBLIOTHEKSPLAN, 1973; KOMMUNALE GEMEINSCHAFTSSTELLE FÜR VERWALTUNGSVEREINFACHUNG, 1973).
- Zielgröße: 2 Bände je Einwohner. Gehdistanz max. 1050 m (Luftlinie 840 m) entsprechend 15 Minuten.
- Beurteilung der Ausstattung über Versorgungsbereiche und Einzugsbereiche.

#### Hinweise für die Planung

- Bezugsbevölkerung bei mind. 10 000 Bänden 5 000 Einwohner bzw. 10 000 Einwohner (bei 1 Band in direktem Zugriff, 1 Band in Zentralbibliothek).
- Gute Erreichbarkeit zu Fuß und mit dem Fahrrad.

- Eher Vergrößerung des Einzugsbereiches anstatt Verringerung des Buchbestandes.
- Haltestellen bei Fahrbibliotheken. Gehdistanz max. 600 m (Luftlinie 480 m).
- Neuanschaffungsquote ca. 12% /Jahr, Auswirkungen auf die Größe des Versorgungsbereichs (nach 6 Jahren Verdoppelung des Buchbestandes).
- Maßnahmen zur Verbesserung der Ausstattung: Erhöhung des Buchbestands, Einrichtung einer Zweigstelle, Fahrbibliotheken<sup>77</sup>.

Ein "Rückblick auf die 80er Jahre" stellt fest, dass es bei der kommunalen Infrastruktur trotz des sich damals bereits abzeichnenden Bevölkerungsrückgangs nur wenige quantitative Veränderungen, also Kürzungen und Schließungen gab, diese vor allem bei Grund- und Hauptschulen und auch "bei Stadt- und Stadtteilbibliotheken, bei dezentralen Filialen der Volkshochschulen, punktuell bei Soziokultureinrichtungen, bei denen allerdings der Ausbau insgesamt deutlich überwiegt, und im Sportsektor, das heißt vor allem bei Hallenbädern"<sup>78</sup>. Statt dessen gab es eine eher qualitative Revision im Sinne von mehr Mitbestimmung der Nutzer, Autonomie, Hilfe zur Selbsthilfe und Überschreitung vormals institutioneller Grenzen. Nach einer Reformphase mit Ausbau dezentraler Einrichtungen wurde als Argument für die Schließung z.B. von Stadtteilbibliotheken auch vorgebracht, "dass die Anforderungen der Benutzer an Bestände und Kataloge so gestiegen seien, dass sie nicht mehr von vielen kleinen Filialen, sondern nur noch von wenigen Zentralen erfüllt werden könnten. Den einfachen, kleinen Stadtteilbibliotheken wird häufig vorgeworfen, sie seien nur noch 'Wärmestuben', die bestenfalls einen minimalen sozialen, aber keinen kulturellen Auftrag mehr erfüllten. Dagegen wird von den Vertretern der Dezentralität immer wieder die Bedeutung der Benutzernähe herausgestellt"<sup>79</sup>.

Heute wird aus derselben Perspektive nicht mehr nur die öffentliche Infrastruktur in den Blick genommen, sondern für eine übergreifende "Kultur der Quartiersvernetzung"<sup>80</sup> plädiert, die auf eine Vernetzung und Konfrontation der ganz unterschiedlichen Lebensformen im Quartier setzt: traditionelles Familienleben und modernes Nomadentum; privilegierte und benachteiligte soziale Gruppen; Alteingesessene und Migranten usw. . Kultur ist in diesem Zusammenhang ein kommunikationsförderndes Medium, eine Aushandlungs- und Ges-

---

<sup>77</sup> a.a.O., S.123

<sup>78</sup> Albrecht Göschel/Heidrun Kunert-Schroth/Klaus Mittag (1992): Revision der sozialen Infrastruktur – Ein Rückblick auf die 80er Jahre. Difu-Beiträge zur Stadtforschung 6, Berlin (Deutsches Institut für Urbanistik), S. 10

<sup>79</sup> a.a.O., S. 117

<sup>80</sup> Albrecht Göschel (2000): Kulturpolitik in der aktiven Bürgergesellschaft. Eine neue Wende in der Kulturpolitik? In: difu Aktuelle Information 9/2000

taltungsform, um mit den Bewohnern adäquate Lösungsstrategien für den Stadtteil zu entwickeln.

Dies steht im Zusammenhang mit einer Strategie des Stadtumbaus durch "Handeln im feinen Korn", die auch auf eine Stärkung der Stadtteile und ihrer Zentren ausgerichtet ist und darauf setzt, die jeweils am Ort vorhandenen Potenziale zu entwickeln. Eine Untersuchung über die funktionale Stärkung von Stadtteilzentren in Münster geht von folgenden Hypothesen aus:

"Das bewusste, aktive Leben und Wohnen an einem Ort bzw. in einem Stadtteilzentrum wird von den Bewohnern des Stadtteils

1. umso aktiver gestaltet, je mehr Gelegenheiten zur Anteilnahme am Stadtteil möglich sind.
2. Dabei ist es von Bedeutung, wie sehr diese stadtteilbezogenen Angebote von den Bewohnern benötigt werden und
3. in wie weit Identifikationsmöglichkeiten mit dem Stadtteil vorhanden sind"<sup>81</sup>.

Zur idealtypischen Ausstattung des Stadtteilzentrums zählt auch eine Stadtteilbücherei (bzw. ein Bücherbus), die nach einer Kategorisierung der Nutzungen möglichst zentrenintegriert liegen sollte.

**Idealtypische Ausstattung der Zentren<sup>82</sup>**

---

<sup>81</sup> Die Oberbürgermeisterin der Stadt Münster, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (1999): Funktionale Stärkung von Stadtteilzentren in Münster. Forschungsfeld "Städte der Zukunft" im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen. Beiträge zur Stadtforschung Stadtentwicklung Stadtplanung 2/99. Bearbeitung Junker und Kruse Stadtforschung/Stadtplanung. Münster, S. 16

<sup>82</sup> a.a.O., S. 19



	Stadtteil
Gemeinbedarfs- infrastruktur	Grundschule (n)
	Kindergarten (n)
	Sportplatz (n)
	Turn- und Sporthalle (n)
	Fest- und Marktplatz (z)
	Markt (z)
	Anlaufstelle der Verwaltung (z)
soziale/ soziokulturelle Infrastruktur	relig. Gemeindezentrum (z)
	Jugendeinrichtung
	Alteneinrichtung (n)
	Begegnungs-, Versammlungsraum (z)
	Stadtteilbücherei, Bücherbus (z)
Verkehrliche Inf- rastruktur	Haltestelle Bus (z)
	Parkplätze (z/n)
Gesundheits- wesen	Ärzte (z)
	Apotheke (z)
Handel/ Dienstleistungen	Post (z)
	Kreditinstitut (z)
	Tankstelle (n)
	Versorgungsorientiertes Handwerk / Gewerbe (u)
	Gaststätte (z)
	Geschäfte des täglichen Bedarfs (z)
Freizeit/ Gestaltung	Quartiersbezogene Grünanlage / Spaziererholungsbereich (n)
	Unverwechselbare Erlebniswerte / Stadtgestaltungselemente (z)

(z): Gewünschte Lage im Zentrum, (n): Gewünschte Lage in Zentrumsnähe, (u): Lage ist zentrenunabhängig

Die Untersuchung legt nicht nur einen angebots-, sondern vor allem einen nachfrageorientierten Ansatz zugrunde, der die widerstrebenden (zentrenauflösenden und zentrenehaltenden) Entwicklungen ebenso berücksichtigt wie unterschiedliche Lebensstile, die bisher noch nicht stadtteilbezogen typisiert worden sind. Die Bewohner brauchten gerade angesichts eines komplizierteren Alltags "einen Ort, an den sie sich gebunden fühlen und mit dem sie sich identifizieren können"<sup>83</sup>, Ortsbindung und Identität sind nach wie vor (oder verstärkt) von Bedeutung.

"Dennoch ist die Situation in vielen Stadtteilzentren nicht einfach, teils sogar problematisch. Viele drohen zwischen Innenstadt und nicht integrierten Lagen aufgerieben zu werden und in Bedeutungslosigkeit zu versinken. Diese Situation geht einher mit der Beobachtung, dass viele Bewohner 'ihr' Stadtteilzentrum gar nicht mehr benötigen. Die klassischen Aktivitätsmuster haben sich gewandelt und verlaufen in weitgespannten Netzen ohne größere lokale Bindung. Begreift man diese neuen, enttraditionalisierten Muster jedoch nicht als Zerfall oder Desintegration, sondern versteht sie als neue 'kulturelle Schnittmuster', die sehr wohl auf klar strukturierten sozialen Figura-

<sup>83</sup> a.a.O., S. 32

tionen von Familie, Nachbarschaft, sozialen Gruppen und Netzwerken beruhen, die auch örtliche Bezüge benötigen, entsteht daraus die Aufforderung, Stadtteilzentren zu schaffen, die für diese neuen Anforderungen an Leben, Wohnen und Zusammenleben Möglichkeiten schaffen"<sup>84</sup>.

### Liste der zentrenrelevanten Nutzungen<sup>85</sup>

Notwendig zentrenintegrierte Nutzungen, Gebäude/ Flächen	
Handelseinrichtungen	Post
Dienstleistungen	Bank
Gesundheitswesen (Ärzte, Apotheken)	Gastgewerbe
Markt/ -platz	Verwaltungszweigstelle
Kirche	ÖPNV-Haltepunkt
Bücherei	Parkplätze
Möglichst zentrenintegrierte Nutzungen	
Bürgerhaus	Spielplatz
Altentagesstätte	Religiöses Gemeindezentrum
Jugendzentrum	
Möglichst in Zentrennähe befindliche Nutzungen	
Grundschule	Altenheim
Kindergarten	Grünanlage
Sonstige Gemeinbedarfseinrichtungen	
Turnhalle	
Sportplatz	
Frei-/ Hallenbad	

Bereits der Begriff und die Renaissance der oben erwähnten Bürgerhäuser deuten auf einen weiteren Wechsel der Blickrichtung im kommunalen Handeln: auf die Bürgerinnen und Bürger, die nicht mehr als Adressaten obrigkeitstaatlichen Verwaltungshandelns oder als Kunden gesehen werden, die es bestmöglich zu bedienen gilt, sondern die ihre Stadt und ihren Stadtteil selbstverantwortlich gestalten. Dies geht hinaus über ehrenamtliche Tätigkeit in der Freizeit und auch über bloßes Mitreden, sondern meint auch die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen und sich an der kommunalen Leistungserstellung zu beteiligen, selbst in den Stadtteil zu investieren – als Privatperson oder in der jeweiligen beruflichen Rolle, als Bewohner oder dort Arbeitende, als Wissenschaftlerin oder Lehrer, als Geschäftsfrau oder Künstler, nach dem Motto "Die Stadt kann nicht alles machen – alle zusammen machen die Stadt"<sup>86</sup>.

<sup>84</sup> a.a.O., S. 123

<sup>85</sup> a.a.O., S. 23

<sup>86</sup> mein Motto für die Tübinger Südstadtentwicklung – G.S.

Bürgerhäuser oder –zentren sind keine zwangsläufige Folge aus einer solchen Neubewertung bürgerschaftlichen Lebens und bürgerschaftlicher Verantwortung. Die Einrichtung neuer Zentren oder die Zusammenfassung bisheriger Einrichtungen zu einem Bürgerhaus erweckt manchmal sogar den Eindruck, als hätte bürgerschaftliches Handeln im Sinne einer neuen Institutionalisierung und Spezialisierung nur dort und sonst nirgends seinen Ort<sup>87</sup>. Bürgerinnen und Bürger sind ja nicht in erster Linie an neuen inhaltsunabhängigen Organisationsformen interessiert, sondern an konkreten Themen und Problemen, die sie lösen wollen (und ist nicht manchmal die Kneipe oder der Laden der wichtigste Bürgertreff im Stadtteil?). Jedenfalls braucht es für eine Stadtteilentwicklung, die sich kundig an den Ressourcen vor Ort orientiert, diese erschließt, Bürgerinnen und Bürger in ihrem Engagement unterstützt<sup>88</sup>, ein Überschreiten der bisherigen Generationen-, Fach- und Institutionengrenzen – und hierfür ein Forum: Auch dies ist eine Perspektive für Stadtteilbüchereien als der für alle nach eigenen Bedürfnissen zugängliche und nutzbare "Ort lebendiger Kommunikation, ... kultureller Marktplatz für Informationen und Meinungen"<sup>89</sup>.

### 3.3. Räumlich gebundene und ungebundene Milieus: Gegensatz oder Ergänzung?

Ist die Gesellschaft, die Sozialstruktur heute noch mit den traditionellen Begriffen zu analysieren? In den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts erlebte der Begriff "Milieu" eine Renaissance; er markierte einen Wechsel der Blickrichtung der Sozialstrukturanalyse "Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus"<sup>90</sup>. Dabei werden Makromilieus und Mikromilieus unterschieden. Unter letzteren kann man "Lebensstilgruppierungen verstehen, deren Mitglieder miteinander in unmittelbar persönlichem Kontakt stehen: Familien, Kollegenkreise, Jugendgruppen, Nachbarschaften"<sup>91</sup>. Bei den räumlich gebundenen Milieus wird in der Regel abgehoben auf "einzelne Teilräume von größeren Städten, die als Stadtviertel bzw. Stadtquartiere eine unverkennbar individuelle Gestalt und auch fast immer eine vom Stadtdurchschnitt abweichende Sozialstruktur der Bewohnerschaft aufweisen"<sup>92</sup>. Räumliche und soziale Struktur sind dabei eng miteinander verknüpft, so dass man von "sozialwirksamer Raumstruktur"

---

<sup>87</sup> ebenso wie die verbreiteten "Bürgerämter" die Frage aufwerfen, ob alle anderen Ämter *keine* "Bürgerämter" sind

<sup>88</sup> im Englischen: *empowerment*

<sup>89</sup> Reinhard Hauschild (1992): Öffentliche Bibliotheken als Kommunikationsorte in kreisangehörigen Gemeinden. Bibliotheken – auch Stätten der Begegnungen und des Erfahrungsaustausches. In ILS (s. Anm. 73), S. 47-52. Hier: S. 52

<sup>90</sup> so der Untertitel der maßgeblichen Arbeit von Stefan Hradil (1987): Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus. Opladen

<sup>91</sup> a.a.O., S. 168

<sup>92</sup> Ulfert Herlyn (1998): Milieus. In: Hartmut Häußermann (Hrsg.) (2000): Großstadt. Soziologische Stichworte. Opladen. S. 152-162. Hier: S. 156

(z.B.: Wegeverbindungen, Orientierung, Aneignungs- und Identifikationsmöglichkeit) und "raumwirksamer Sozialstruktur" sprechen kann - Sozialkontakte in der Nachbarschaft, Netzwerke im Stadtteil, aber auch jene "lockere, situative Form von sozialen Beziehungen"<sup>93</sup>, die sich "beiläufig ohne planendes Arrangement in der Quartiersöffentlichkeit ergibt und durch ihr ständig wiederholtes Auftreten viel zur Identifikation von Bewohnern mit 'ihrem' Stadtviertelmilieu beiträgt"<sup>94</sup>.

Dem "traditionellen Wohnumfeld" wird in jüngerer Zeit das "moderne Wohnumfeld" gegenübergestellt: "Die Milieustrukturen werden dynamisiert und können ihren Sinngehalt nicht länger aus der lokalen Bindung beziehen"<sup>95</sup>, Milieus suchen sich ihre Treffpunkte und Schauplätze selber. Sie können sich auch unabhängig von oder gar gegenläufig zu lokalen Determiniertheiten entwickeln, zu "Stützstrukturen" oder "Schwellenräumen" werden. "Territorialität" und "Lokalität" sind nicht mehr gleichzusetzen. Dies heißt aber auch: Selbst die neuen Milieus haben einen Bezug zu konkreten Räumen und realisieren sich in realer *face-to-face*-Kommunikation, "über die sich die Vergewisserung der Zugehörigkeit zum Milieu immer wieder erneut bestätigt"<sup>96</sup>.

Der Milieubegriff fand seine Fortsetzung im Begriff des Lebensstils. Beide Begriffe werden heute vielfach zur Beschreibung der soziokulturellen Struktur der Gesellschaft und ohne räumlichen Bezug verwendet, so in der Studie "Lebenswelt und Bürgerschaftliches Engagement – Soziale Milieus in der Bürgergesellschaft" als Grundlage für die unterschiedliche Bereitschaft zum Bürgerengagement.

### **Soziale Milieus in Deutschland<sup>97</sup>**

---

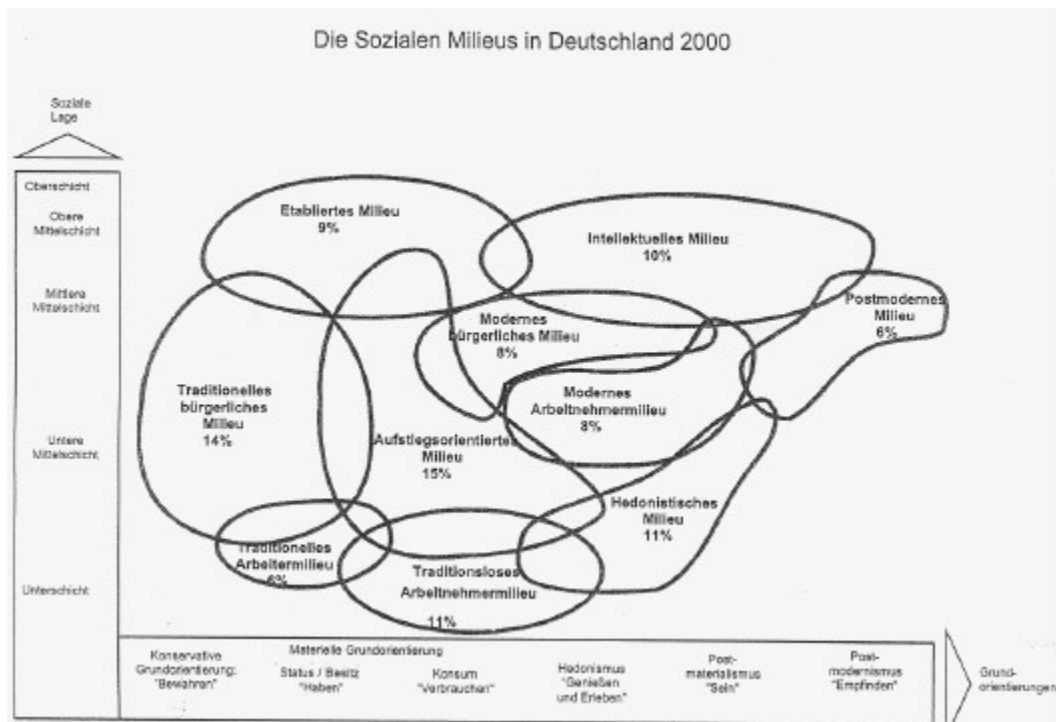
<sup>93</sup> Keim 1979, S. 110, zit. nach Herlyn (s. Anm. 92), S. 157

<sup>94</sup> Herlyn, a.a.O

<sup>95</sup> Karl-Dieter Keim (1997): Milieu und Moderne. Zum Gebrauch und Gehalt eines nachtraditionalen sozial-räumlichen Milieubegriffs, In: Berliner Journal für Soziologie H. 3/1997, S. 387-398, hier: S. 392

<sup>96</sup> Herlyn (s. Anm. 92), S. 160

<sup>97</sup> Sozialwissenschaftliches Institut für Gegenwartsfragen Mannheim (SIGMA), Jörg Ueltzhöfer (2000): Lebenswelt und Bürgerschaftliches Engagement – Soziale Milieus in der Bürgergesellschaft. Sozialministerium Baden-Württemberg. Stuttgart, S. 26



Auch Ältere werden nicht mehr als homogene Gruppe wahrgenommen, sondern nach Lebensstilen differenziert: Gemeinschaftsorientierte, familienorientierte, aktive und resignierte Ältere<sup>98</sup>.

Je nach Lebensstil kann man sich auch sein städtisches Milieu auswählen. Bisher profitieren von Nutzungsmischung im Stadtteil wohl vor allem die "jungen, modernen, kosmopolitisch sich Gebenden" mit einem "Lebensstil, der sie von sich erwarten lässt, flexibel zu reagieren, integrativ zu sein und sich des multifunktionellen Angebotes beliebig zu bedienen. Da diese Verhaltensweisen ganz dem modernen ökonomischen Prinzip folgen, kann die Bedürfnisstruktur mit 'just-in-time-Befriedigung' beschrieben werden. Gerade diejenigen, die über ein hohes ökonomisches und kulturelles Kapital verfügen, suchen sich als Wohnstandorte jene städtischen Teilgebiete aus, die neben attraktiven Wohnungen (Größe, Schnitt, Architektur) auch Lagevorteile haben (zentral und ruhig) und über ein breit ausgestattetes Angebot fürs Einkaufen, Essen und Trinken, Dienstleistungen wie Reinigung, Friseur und haushaltsbezogenes Handwerk, Kultur, Sport etc. verfügen. ...Das Problem mit diesen 'neuen' Bewohnern ist jedoch, dass sie zwar die kleinräumlichen Standortvorteile schätzen, sie aber oft nicht angemessen nutzen, da ihr Aktionsraum weit über die Nachbarschaft hinausreicht.

Alle anderen, die nicht diese Lebensstile pflegen (können), halten sich eher in monofunktionalen städtischen Räumen auf. Dabei wä-

<sup>98</sup> Heinze u.a. (1997), zit. nach Berner 2000 (s. Anm. 5), S. 25f

ren sie, wegen ihrer hohen Standortgebundenheit, auf nutzungsgemischte Standorte in viel stärkerem Maße angewiesen"<sup>99</sup>.

Haben die Menschen in der "Risikogesellschaft"<sup>100</sup> nicht nur den Zwang, sondern auch die fast unbeschränkte Möglichkeit, sich frei zwischen unterschiedlichen Optionen, Milieus und Lebensstilen zu entscheiden? Oder sind sie nach wie vor von sozialstrukturellen Faktoren wie Klasse oder Schicht, von Armut oder Reichtum, Sozialhilfebezug oder gutem Einkommen, Alter oder Jugend bestimmt, ihrer Eigenschaft als Einheimische oder Zugewanderte, der Verfügung über einen Arbeitsplatz oder die vergebliche Suche danach? Sind sie an bestimmte Räume gebunden, oder können sie diese gänzlich frei wählen? Auch hier gibt es wohl kein entweder – oder, sondern eine komplexe Wirklichkeit. Und wenn von gemischten Stadtstrukturen bisher noch nicht in erster Linie diejenigen profitieren, die auf sie angewiesen wären, ist dies weniger den "neuen Urbaniten" zum Vorwurf zu machen als vielmehr einer Stadtplanung, die es bisher nicht verstanden oder nicht als ihre Aufgabe gesehen hat, solche urbanen Milieus für alle zu entwickeln, die sie brauchen.

### **3.4. Soziale Mischung und Entmischung, "Aufstieg" und "Abstieg"- Wie verändern sich Stadtteile?**

Wodurch wird der Wandel von Stadtteilen ausgelöst? Durch bauliche Maßnahmen oder Veränderungen der Menschen, die im Viertel leben? Wie verläuft der Wandel – langsam und stetig oder abrupt, in Schüben? Die Erklärungsansätze sind vielfältig. Zum einen ist festzustellen, dass soziale Topographien sich nur langsam verändern: das Image als "besserer" oder "schlechterer" Stadtteil (Osten, Süden, "unten" vs. "gehobenere" Wohnlagen mit schöner Aussicht), Art, Größe und Ausstattung der vorhandenen Wohnungen, Qualität der öffentlichen Einrichtungen; auch die Bindung an den Stadtteil<sup>101</sup> spielt dabei eine Rolle.

Veränderungen von Stadtteilen werden wohnungswirtschaftlich erklärt als Filtering-Prozesse (*filtering down* durch "Älterwerden", *filtering up* durch Modernisierung des Bestandes), als Sickerprozesse (Auslösung von Umzugsketten durch Neubau, "Aufrücken" in eine Wohnung jeweils besseren Standards) oder komplexer durch den Markt-Ansatz nach dem *Arbitrage*-Modell (Wandel durch Veränderungen im Grenzbereich zwischen Arm und Reich). Sozialwissen-

---

<sup>99</sup> Jens S. Dangschat (1992): Nutzungsmischung – ein Beitrag zur Beeinflussung ökonomischer und kultureller Segregation? In: H. Böhme (Hrsg.): Nutzungsgemischte Strukturen. Lösungsansätze für räumliche und soziale Probleme. Schriftenreihe der TH Darmstadt, S. 45-71, hier: S. 60

<sup>100</sup> Ulrich Beck (1986): Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main

<sup>101</sup> Robert Bosch Stiftung GmbH (1979): Beiträge zur Stadtforschung. Band I. Vorstudien zu einem Forschungsprogramm. Stuttgart

schaftlich wird Wandel nach dem Invasion-Sukzession-(Dominanz-)Modell (Wandel durch Verdrängung der alteingesessenen Bevölkerung) oder dem Vakuum-Sukzession-(Dominanz-)Modell (Wandel durch Leerstand) erklärt. Nach dem demographischen Ansatz entsteht Wandel durch das Altern der Bewohner (vor allem in homogenen Neubausiedlungen in demographischen Wellen), ein soziokultureller Ansatz hebt auf neue Nachfragegruppen und den Wandel durch veränderte Werte und Lebensstile ab, ein sozioökonomischer Ansatz auf den Wandel durch zunehmende Armut, Arbeitslosigkeit etc. und damit das "Absinken" auch der Mittelschicht. Zu berücksichtigen sind ganz besonders auch politisch-administrative Zuweisungsmechanismen im sozialen Wohnungsbau<sup>102</sup>.

Zwei gegenläufige Entwicklungen gemischter Quartiere finden in Forschung und Öffentlichkeit besondere Beachtung: Sozialräumliche Polarisierung einerseits, Gentrifizierung andererseits. *Gentrification* wurde zunächst für nordamerikanische Wohnquartiere und später auch in deutschen Städten untersucht. Es geht vor allem um zentrumsnahe Quartiere aus der Zeit um 1900 mit schlechtem Gebäudezustand, aber attraktiver Qualität, statusniedrigen Bewohnern und niedrigen Miet- und Bodenpreisen, die zunächst von "Pionieren" entdeckt werden, denen in mehreren Phasen *gentrifier* nachfolgen mit der Folge steigender Boden- und Mietpreise, Umwandlung von Mietwohnungen, "Veredelung" der lokalen Wirtschaft und Verdrängung der Alteingesessenen<sup>103</sup>.

Sozialräumliche Polarisierung ist eine besondere Ausprägung der residentiellen Segregation (physische Distanz zwischen Wohnstandorten<sup>104</sup>). Sie entsteht unter den Voraussetzungen sozialer Ungleichheit, sozialräumlicher Ungleichheit und Chancenungleichheit am Wohnungsmarkt<sup>105</sup> durch stark selektive Zu- bzw. Wegzüge, durch die sich benachteiligte Bevölkerungsgruppen an einzelnen Standorten konzentrieren. An einem bestimmten Punkt (der *tipping point*, an dem die Entwicklung "umkippt") kommt eine sich selbst verstärkende "Abwärtsspirale" in Gang. Wohlhabende und benachteiligte Stadtquartiere driften immer weiter auseinander. Diese Entwicklung gab auch den Ausschlag für das 1999 aufgelegte Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt"<sup>106</sup>.

---

<sup>102</sup> s. Weeber und Partner, Institut für Stadtplanung und Sozialforschung (1996): Wohnungs- und Quartiersmanagement im sozialen Bereich. Erarbeitet im Auftrag der Gesellschaft für sozialen Wohnungsbau GeSoBau Berlin. Stuttgart und Berlin, S. 21 ff

<sup>103</sup> Jürgen Friedrichs (1998): Gentrification. In: Häußermann (s. Anm. 92), S. 57- 67

<sup>104</sup> Jens S. Dangschat (1998): Segregation. In: Häußermann (s. Anm. 92), S. 209- 221

<sup>105</sup> Jens S. Dangschat (1998): Warum ziehen sich Gegensätze nicht an? Zu einer Mehrebenen-Theorie ethnischer und rassistischer Konflikte um den städtischen Raum. In: Heitmeyer u.a. (s. Anm. 16), S. 21- 96

<sup>106</sup> s. ARGEBAU, Ausschuss für Bauwesen und Städtebau und Ausschuss für Wohnungswesen (2000): Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative "Soziale Stadt". Zweite Fassung 1.2.2000

Generell fällt auf, dass Segregation nur in bezug auf die sozial Benachteiligten als problematisch empfunden und untersucht wird. Dabei bleibt "der Maßstab der Notwendigkeit zur gesellschaftlichen Integration weitgehend unbeachtet. Durch Exit-Strategien der oberen und mittleren Bevölkerungsschichten (die spätestens zum Zeitpunkt der Einschulung der Kinder greifen) bleibt nur noch ein relativ schmaler gesellschaftlicher Bereich übrig, in den Migranten und sozial Benachteiligte integriert werden können"<sup>107</sup>. "Welche sozialen Folgen sozialräumliche Disparitäten haben, wurde stets fast ausschließlich im Hinblick auf die Integrationschancen von ethnischen Minderheiten (Migranten) und anderen sozial benachteiligten Gruppen erörtert. Der Wunsch wohlhabender Milieus, an ihren Wohnstandorten unter sich zu bleiben, hat dagegen weitaus seltener politische Besorgnis oder wissenschaftliche Neugier ausgelöst"<sup>108</sup>.

Die folgende Abbildung zeigt modellhaft, wie Wanderungs- und Verdrängungsprozesse in einem Ballungsraum ablaufen können.

### **Stadträumliche Wohnungsmarkt-Prozesse<sup>109</sup>**

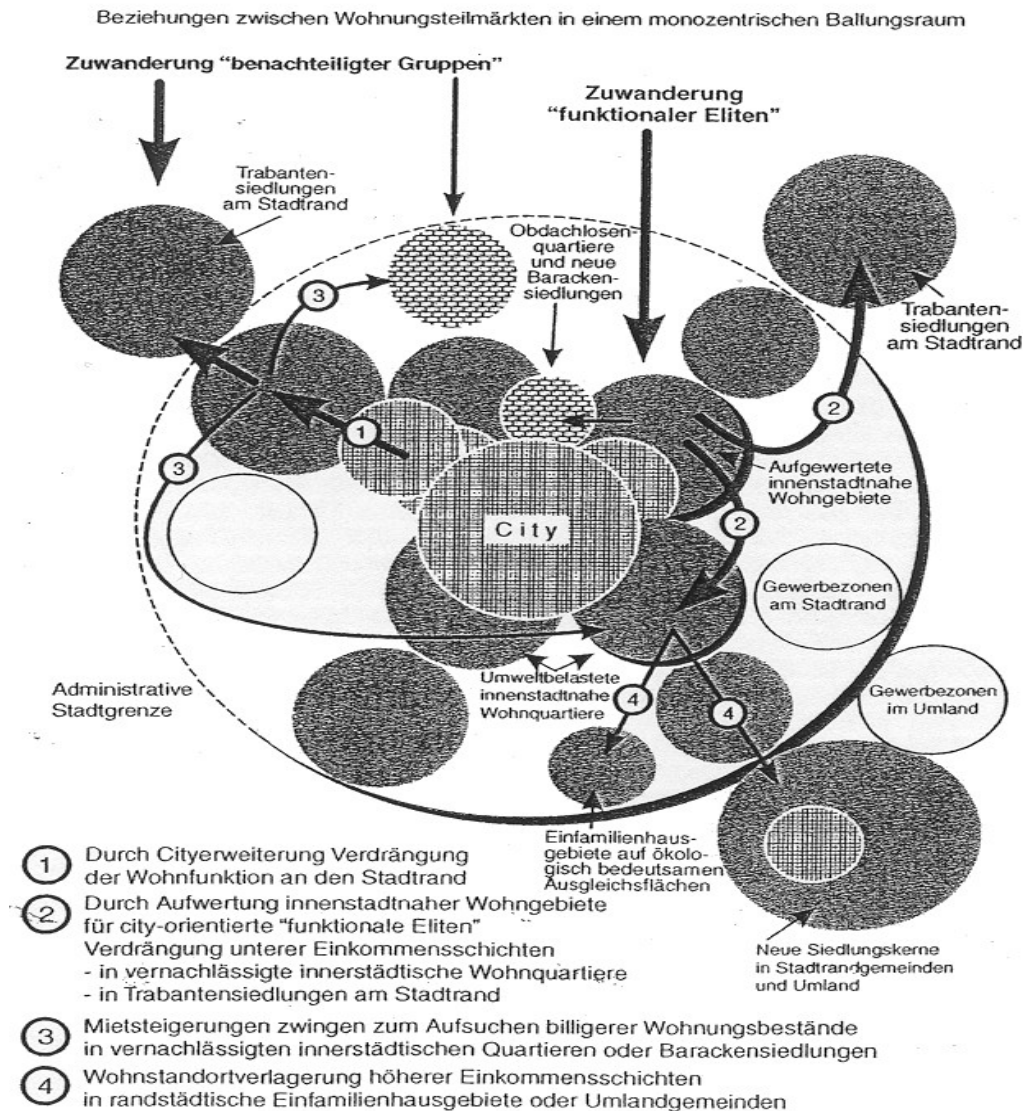
---

<sup>107</sup> Dangschat (s. Anm. 104), S. 220

<sup>108</sup> Peter Bartelheimer (1999): Der soziale Raum in der aktuellen soziologischen Debatte. In: Institut für Stadt- und Regionalentwicklung Frankfurt, Fachhochschule Frankfurt am Main / T. v. Freyberg und J. Schneider (Hrsg.): Sozialraumanalyse als Lernprozeß. Beiträge zur qualitativen Segregationsanalyse. Frankfurt am Main. S. 15-32. Hier: S. 21

<sup>109</sup> Krätke 1995, aus Protze/Theiling (s. Anm. 32), S.14





Gerade angesichts zunehmender Heterogenität – damit sei an den Beginn dieses Textes angeknüpft – stellt sich die Frage, ob die Stadt ihre Aufgabe als robuste "Integrationsmaschine"<sup>110</sup> heute noch erfüllen kann (oder wo diese Aufgabe sonst erfüllt werden sollte): eine entscheidende Frage für alle in der Stadt und den Stadtteilen Tätigen.

<sup>110</sup> Hartmut Häußermann (1998): Zuwanderung und die Zukunft der Stadt. Neue ethnisch-kulturelle Konflikte durch die Entstehung einer neuen sozialen 'underclass'? In Heitmeyer u.a (s. Anm. 16), S. 145-175. Hier: S. 173

## 4. Neuentdeckung der Stadtteile

"Kiez" ist uns heute ein geläufiger Begriff. Er bezeichnete zunächst das sorbische Viertel in Berlin, das wegen seiner Lebendigkeit auch von den Berlinern aus dem Zentrum als Gegenerfahrung zu der preußischen Geregeltetheit geschätzt und gerne aufgesucht wurde, und hat sich mittlerweile von der Bindung an diese konkrete Stadt verselbständigt. In anderen Städten gibt es noch jeweils eigene Begriffe wie Veedel (Köln) oder Grätzel (Wien).

Auch heute noch (oder wieder?) gibt es eine Sicht auf den Stadtteil als organisatorisch und materiell persistenten Ruhepol zur flexibilisierten Wirtschaft und Gesellschaft des 21. Jahrhunderts, in seiner Eigenart, Gemischtheit und Lebendigkeit als Gegengewicht zu den überall ähnlichen, verwechselbaren Zentren und durchgestylten *malls*, als Ort der Nähe, Vertrautheit und des unkomplizierten Austauschs.

Der Stadtteil als eigene lebendige Welt hat in der Literatur vielfachen Niederschlag gefunden (eine lohnende Aufgabe für Stadtteilbüchereien!<sup>111</sup>). Erinnerung an eine untergegangene Welt – oder Beschreibung einer lebendigen Gegenwart und Zukunft?

Statt einer eigenen Darstellung sollen hier ganz unterschiedliche Zitate stehen – von Stadtbenutzern, Stadtextperten und sogar ausgewiesenen Stadtkritikern, die ansonsten für einen Abschied von der Stadt in ihrem herkömmlichen Sinne plädieren.

"Anfang Januar hatte ich aufgehört, meine Sandwiches bei Winston zu kaufen .... Aber ich kam immer noch jeden Nachmittag, um Milch zu holen. 'Gotta stay true to the hood', hatte mein Freund Rich gesagt. Bleib' deinem Viertel treu, dann bleibt dein Viertel dir auch treu – New Yorker Nachbarschaftssentimentalitäten, aber er hatte ja recht..."<sup>112</sup>.

"Wenn man irgendwo im Ausland einen Kölner trifft und ihn nach seiner Herkunft fragt, wird er etwa zur Antwort geben: 'Isch wohne in d'r Nüsser Stroß neben dem Kappes.' Bohrt man weiter, wird er sagen: 'Dat es in Neppes.' Ist man dann noch immer völlig ratlos,

---

<sup>111</sup> nur einige Beispiele: Veza Canetti, Die gelbe Straße, Elias Canetti, Die gerettete Zunge

<sup>112</sup> Andrian Kreye: Winstons Laden, die Gang und der Mönch: eine Lower East Side Story. In FAZ Magazin 865, 27.9.1996, S. 14-20, hier: S.15

herrscht er den Fragesteller an: 'Na, Köln.' Ebenso hält's der Ehrenfelder, der Zollstocker, die Sülzerin.  
Ein Veedel, sein Veedel, ist des Kölners Universum, in dem er wohnt und seine Kneipe hat..."<sup>113</sup>.

"Die große Stadt ist Ort der Organisation von Unverantwortlichkeit, Ort der Anonymität und Ort der Freiheit von sozialen Kontrollen. Aber die Stadt soll auch das Gegenteil sein, Heimat, Ort der Identifikation, wo man erkannt wird und andere wiedererkennt, Ort der Aneignung, der Vertrautheit, wo man zu Hause sein kann. Städte wie Paris und New York sind auch als eine Ansammlung von Dörfern zu beschreiben, als eine Vielzahl von Stadtteilen, in denen sich das alltägliche Leben abspielt, das sich in diesen Quartieren auch Genüge ist. Und eben das macht den Reiz dieser Metropolen aus"<sup>114</sup>.

"Trotzdem spricht alles dafür, wieder möglichst weitgehend gemischte Städte anzustreben: Denn immer weitere Dienstleistungsnutzungen lassen sich im Prinzip gut mit Wohnen mischen. Vielleicht wird sich ja auch bei uns der Trend zu immer mehr Wohnfläche pro Einwohner einmal umkehren zugunsten der Auslagerung bestimmter Funktionen aus der Wohnung und ihrer Zusammenfassung nach dem Beispiel Japans zu größeren luxuriösen öffentlichen Einrichtungen wie z.B. Bäder, Hobbywerkstätten und Klubräume.

Gemischte Stadtteile bieten für einen bestimmten Teil der Bevölkerung tatsächlich die Möglichkeit, ihre Arbeit und die Versorgungseinrichtungen zu Fuß oder mit dem Fahrrad zu erreichen. Die Telematik wird eine solche Entwicklung der Dezentralisierung wahrscheinlich fördern. Außerdem sind solche gemischten Stadtteile einfach interessanter und bieten Kindern und Heranwachsenden mehr Erlebnisse; sie erhöhen überdies die Chancen für Halbtagsarbeit und informelle Beschäftigungen für gering Qualifizierte und sind daher geeigneter, Arbeitslose und Einwanderer zu integrieren.

Gemischte Stadtteile bieten auch bessere räumliche Voraussetzungen für bestimmte Formen nachbarschaftliche/r/ Hilfe, etwa in der Übernahme sozialer Dienste, die von gesellschaftlichen Institutionen mangels Finanzierbarkeit nicht mehr geleistet werden können. Und schließlich bieten gemischte Stadtteile eine Voraussetzung für ökologisch sinnvolle Energie- und Stoffverbünde..."<sup>115</sup>.

Durch Stadterweiterung und -erneuerung sind "Gebiete zu entwickeln..., die einen stadträumlichen, funktionalen, sozio-ökonomischen und möglichst auch einen geschichtlichen Zusammenhang aufweisen...Auch heute scheint der Stadtteil und das Quartier als Ausgangspunkt teilräumlicher Organisation das tragfähigste Konzept, um Nutzungsordnungen im Verbund mit der sozial-räumlichen Gliederung der Städte zu entwickeln. ... Versteht man

<sup>113</sup> Mein Veedel (1998), hrsg. vom Kölner Stadt-Anzeiger, Köln, S.14f

<sup>114</sup> Walter Siebel: Urbanität als Lebensweise ist ortlos geworden. In: FR 29.7.2000

<sup>115</sup> Sieverts (s. Anm. 44), S. 207f

Stadtteile als räumliche Organisationseinheiten der Großstadt, führt dies in der Tendenz zu einem Modell ausgewogener Nutzungskompositionen für jeden Stadtteil. Jeder Stadtteil dient sowohl dem Wohnen als dem Arbeiten. Jeder Stadtteil hat eine eigene Infrastrukturbasis von Schulen, Altenbetreuung, bis hin zur Waren- und Dienstleistungsversorgung. Jeder Stadtteil muss intern einen Ausgleich zwischen konkurrierenden Nutzungsansprüchen herbeiführen, und er hat sowohl für seine eigenen Bedürfnisse zu sorgen als auch für gesamtstädtische Bedürfnisse Aufgaben zu übernehmen"<sup>116</sup>.

"Die Wiederherstellung einer gelebten und lebhaften Welt setzt polyzentrische, intelligible Städte voraus, in denen jedes Viertel oder jede Nachbarschaft eine Reihe von allen jederzeit zugänglichen Orten für die selbständigen Aktivitäten, die Eigenversorgung, die selbständige Bildung, den Austausch von Dienstleistungen und Wissen bereitstellt, eine große Fülle von Kinderkrippen, öffentlichen Parkanlagen, Versammlungsorten, Sportgeländen, Turnhallen, Werkstätten, Musiksälen, Schulen, Theatern und Biblio- und Videotheken, Wohngebäude, die mit Begegnungsstätten, Spielzimmern für Kinder, Speiseküchen für alte oder behinderte Menschen etc. ausgestattet sind ..."<sup>117</sup>.

---

<sup>116</sup> Curdes (s. Anm. 39), S. 179

<sup>117</sup> André Gorz (2000): Arbeit zwischen Misere und Utopie. Frankfurt am Main, S. 146

# 1. Neun Thesen zur Zukunft der Stadtteilbüchereien

1.0. Die dargestellten Entwicklungen der Bevölkerung und der Siedlungen – wie zunehmende Siedlungsdispersion, Mobilität, Wahlmöglichkeiten, "Gleichgültigkeit" gegenüber konkreten Orten - werden auch die Arbeit der Stadtteilbüchereien bestimmen. Diese müssen sich entscheiden:

- Werden sie Opfer dieser Entwicklungen und versuchen vielleicht noch, darauf zu reagieren?
- Können und wollen sie die Entwicklungen kompensieren (etwa indem sie allgemeine Defizite in monofunktionalen Stadtteilen ausgleichen)?
- Oder verstehen sie sich aktiv als Motor der Stadtteilentwicklung, indem sie Identifikation mit dem Stadtteil fördern, Handlungsmöglichkeiten erschließen und unterstützen, ihren Nutzen für die Menschen im Stadtteil erweisen?

1.0. Stadtteile zeichnen sich durch ihre Eigen-Art aus. Auch Stadtteilbüchereien müssen ein eigenes, darauf bezogenes Profil entwickeln. Die Funktion der Stadtteilbüchereien ist in nur engem Bezug zur Geschichte des Stadtteils, seiner (von unterschiedlichen städtebaulichen Leitbildern und auch davon unabhängigen Entwicklungen geprägten) Gestalt, vorhandenen Potenzialen, empfundenen Problemen des Stadtteils, dem eigenen konkreten Ort im Quartier zu bestimmen.

Ist sie eine Bücherei *im* Stadtteil, die auch räumlich eng in ihn eingebunden ist, Einblicke und Zugänge ermöglicht, von der Nähe zu anderen Nutzungen profitiert und diese Nutzungen ihrerseits begünstigt? Ist sie eine Bücherei auch *des* Stadtteils, ein Informationsspeicher seiner Geschichte und Gegenwart, Dienstleistungszentrum für das Quartier, auf seine Bedürfnisse und Probleme ausgerichtet? Oder muss sie einen fehlenden Stadtteil ersetzen? Wie beeinflusst die Bücherei den Stadtteil, und wie wird sie umgekehrt von ihm (und der Gesamtstadt) bestimmt?

1.0. Die Stadtteilbüchereien werden sich auf die sich abzeichnende demographische Entwicklung – unter anderem den wachsenden Anteil von älteren Menschen, von Menschen mit Migrationshintergrund - einstellen müssen.

Allerdings heißt das nicht, sich jetzt vor allem auf Alten- und Migrantenkultur auszurichten. Ältere sind – gerade in Zukunft – keine homogene Gruppe und wollen nicht unbedingt "altenspezifische" Angebote<sup>118</sup>, aber ihre Bedürfnisse müssen besonders berücksichtigt werden<sup>119</sup>. Auch der Realität der Zugewanderten wird es nicht gerecht, wenn ihre Kultur immer in einer besonderen Kategorie ("Migrantenliteratur"), die von der sonstigen Kultur abgekoppelt ist, präsentiert wird – wie wohlmeinend auch immer.

Wenn – wie es weitgehend unumstritten ist – die Förderung des Lebens mit Kindern gerade auch in Städten und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine vorrangige Aufgabe ist, dann können Stadtteilbüchereien mit einer entsprechenden Ausrichtung ihres Angebots hierbei eine Vorreiterrolle übernehmen.

Jedenfalls müssen Stadtteilbüchereien der größer werdenden Differenz Rechnung tragen – und Möglichkeiten zur Vermittlung zwischen den Kulturen (der Menschen unterschiedlicher Generationen, Lebensstile, Herkunft, sozialer Zugehörigkeit) bieten.

- 5.1. Ein denkbare Szenario für Büchereifilialen ist, die Menschen dort aufzusuchen, wo sie sind – das hieße auch, sich an die derzeitigen Einkaufs- und Freizeitzentren an der Peripherie, "auf der grünen Wiese" anzulagern und den Stadtteil im eigentlichen Sinne aufzugeben.

Die Alternative ist, sich aktiv an einer Wiederentdeckung und Neubewertung der Stadtteile zu beteiligen.

Angesichts des noch unausgeschöpften Marktpotenzials für urbane, gemischte Stadtteile können Stadtteilbüchereien dadurch durchaus zum Standortfaktor werden: Als familienfreundlicher Ort und Gegenpol zum Rückzug in die private Sphäre, als Ort der Öffentlichkeit für die immer größere Zahl allein lebender Menschen, als Ort für Stadtteilwirtschaft und berufliche Weiterbildung für die im Stadtteil (besonders auch in kleinen Unternehmen oder selbständig) Arbeitenden.

- 5.2. Welches ist das treffende Ordnungsmuster für Stadt, Stadtteile und Siedlungen in Zukunft? Zentrum und Peripherie mit einer klaren hierarchischen Aufgabenteilung zwischen den höher-

---

<sup>118</sup> z.B. scheinen bei Reisen erfolgreich nicht "Altenreisen" zu sein, sondern Angebote mit bestimmten Qualitäten wie Ruhe und Komfort; Ähnliches wurde bei Angeboten für Fertignahrung beobachtet

<sup>119</sup> z.B. hinsichtlich der Zeitgestaltung (eher tagsüber als abends) und gewisser Beeinträchtigungen (gute Les- und Hörbarkeit)

wertigen, anspruchsvollen zentralen Angeboten und den bescheidenen, auf Alltagsbedarf ausgerichteten und wenig differenzierten Angeboten vor Ort? Oder ist das künftige Muster das weitgespannte Netzwerk mit weitgehend gleichwertigen Knoten?

Eine Alternative könnte die Vorstellung eines Mosaiks sein, bei dem die unterschiedlichen Teile des Ganzen sowohl ihre eigene Größe, Form und Farbe (und Funktion) haben als auch von einem Bindemittel zusammengehalten werden und so Teil eines Ganzen sind. Stadtteilbüchereien sind dann sowohl Teile des Mosaiks mit ihrer jeweils eigenen Gestalt. Sie stehen in engem Zusammenhang mit anderen Nutzungen des Stadtteils, aus der Wirtschaft wie dem öffentlichen Bereich, Wohnen und Arbeiten. Gleichzeitig können sie ein Bindemittel sein, das zum Zusammenhalt beiträgt.

- 5.3. Stadtteilbüchereien haben auch einen sozialen Auftrag. Als Einrichtungen, die dem gemeinsamen Wohl der Bevölkerung dienen, müssen sie für die gesamte Stadtteilbevölkerung da sein und diejenigen besonders berücksichtigen, die auf dem freien Markt sonst zu kurz kommen würden.

Dennoch sind sie Kultureinrichtungen. Sie sind dem Lesen und Schreiben als nach wie vor fundamentalen Schlüsselqualifikationen verpflichtet. Sie können wechselseitige Bildungsprozesse voranbringen: Stadtbürger/innen sind Träger unterschiedlicher Kulturen, Akteure verschiedener Milieus, Individuen mit ihrer Geschichte, Kompetenz und Erfahrung, und sie gestalten (bilden) ihren Stadtteil aktiv mit: Bildung als Prozess der aktiven und passiven Gestaltung im Austausch mit der Umgebung, der "sozialen Welt in Reichweite"<sup>120</sup>.

Eine mögliche Verbindung besteht darin, die Themen und Formen aufzusuchen, die Menschen gemeinsam beschäftigen – die drängenden Probleme der Zukunft, aber auch das Bedürfnis nach Nähe, nach Unverwechselbarkeit und Lebendigkeit des Stadtteils, nach Einflussnahme und aktiver Gestaltung, nach Fortentwicklung der in jedem/r Einzelnen angelegten Möglichkeiten.

- 5.4. Stadtteilbüchereien bieten die Vorteile von Nähe (im wörtlichen und übertragenen Sinne) und sollten den konkreten lokalen Bezug herausstellen.

Dennoch muss ihre Arbeit nicht auf ihr eigenes Territorium beschränkt bleiben. Sie könnte die Orte und Zeiten herausfinden

---

<sup>120</sup> Johannes Beck, unveröff. Manuskript

und aufsuchen, wo Menschen gerne, von sich aus, lesen – wie den Park, die S-Bahn, die Kneipe, den Lesegarten.

- 5.5. Das Wissen und die Vorstellungen darüber, wie ein "guter" Stadtteil aussehen müsste, scheinen unausgesprochen bei vielen Menschen vorhanden zu sein. Dies zeigen schon die wenigen angeführten Zitate. Es gibt auch eine reichhaltige Literatur und Filmproduktion zu dem Thema<sup>121</sup>. Zum öffentlichen Thema ist dies (anders als die "Zwischenstadt" oder andere Untergangsszenarien) bisher nicht geworden. Die Stadt ist nicht Gegenstand eines Schulfachs, und es gibt keine für sie zuständige Bildungseinrichtung. Wo lernt und erfährt man eigentlich, was man für die Stadt braucht? Auch hierin liegt eine Aufgabe für die Stadtteilbüchereien: als Ort der Auseinandersetzung über Stadt und Stadtteile allgemein und über den jeweiligen konkreten Stadtteil.
- 5.6. Eine Voraussetzung für all dies ist, eine Stadt zu "lesen". Eine Stadt ist wie eine Sprache aus einzelnen Bausteinen zusammengesetzt, die nach bestimmten Regeln mit einander kombiniert werden können, was unendliche Variationsmöglichkeiten erlaubt. Wie Elemente einer Sprache verweisen die "Bausteine" einer Stadt auf zugrunde liegende Bedeutungen. Eine Stadt bietet nicht nur ein unerschöpfliches Potenzial an Texten – von der Tageszeitung bis zum Bebauungs- oder Haushaltsplan -, sie kann auch selber als Text verstanden werden. Die Stadtteilbücherei ist geradezu die Einrichtung im Stadtteil, die helfen kann, ihn zu entziffern.

---

<sup>121</sup> Beispiele für Filme: Smoke, Chacun cherche son chat, Code unbekannt